

In der Fremde ein neues Zuhause finden

Im Paritätischen gibt es ein breites Spektrum an Unterstützungsangeboten für Flüchtlinge



WERTE DIALOG  **Was wirklich wichtig ist ...**
www.werte.paritaet.org



Foto: Bernd Kleiner



Foto: PARISERVE



Foto: Privat

Editorial	3
Thema	
In der Fremde ein neues Zuhause finden	
Im Paritätischen gibt es ein breites Spektrum an Unterstützungsangeboten für Flüchtlinge	

Verantwortung für Flüchtlinge gerecht und solidarisch teilen	4
Verluste nicht verleugnen, aber trotzdem wieder nach vorne schauen	6
Besserer Schutz für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	8
Koordinierung, Qualifizierung und Förderung der ehrenamtlichen Unterstützung von Flüchtlingen	8
Junge Asylsuchende und Studierende unter einem Dach	8
Qualifizierung von Flüchtlingspaten	9
Hilfe für Flüchtlinge hat Tradition	9
Die Kapazitäten reichen nur, um den am schlimmsten Betroffenen zu helfen	10
„Wir brauchen mehr qualifizierte Beratung für Flüchtlinge“	12
Die Menschen unterstützen, ihr Leben in die Hand zu nehmen	14
„Der Wackenberg wird immer bunter“	16
Arbeit als Teil der Integration	18
Wissenstransfer und Vernetzung	19
Beruflicher Neustart in einem fremden Land	20
Harter Kampf ums Bleiberecht für Roma	21
Unentbehrliche Informationsquelle	23

Verbandsrundschau	
„Ein Vordenker mit großer Überzeugungskraft“	25
Engagierter Wertedialog	26
Neues Buch: Kampf gegen die Armut	26
Baden-Württemberg: Wolfgramm folgt auf Böhringer	26
10. Oktober in Berlin: Großdemo gegen TTIP & CETA	27
Inklusiven Wohnraum gemeinsam erschließen	28
Gesunde Ernährung als sozialer Auftrag	29

Sozialpolitik	
Straffällige nicht aus staatlichen Sicherungssystemen ausgrenzen	30
Präventionsgesetz: Schritt in die richtige Richtung	30
Riester-Rente bringt nichts im Kampf gegen Altersarmut	30
Arbeitsgelegenheiten müssen neu gestaltet werden	31
Paritätischer fordert Ende der Sanktionen gegen Hartz-IV-Bezieher	31

Forum	
Zusammen sind wir viele ausgezeichnet	32
Entsetzen über Aus für Unabhängige Patientenberatung	33

Hören & Sehen	34
Buchtipp Impressum	35
was? – wann? – wo?	36

Liebe Leserinnen
und Leser,

die Humanität einer Gesellschaft zeigt sich besonders daran, wie sie mit ihren schwächsten Mitgliedern umgeht. Die aktuellen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen erschweren es jedoch zunehmend, alten, kranken, behinderten und sozial benachteiligten Menschen die notwendige Hilfe zukommen zu lassen. Manche sprechen gar von einer Sinnkrise, in der unsere Gesellschaft im Allgemeinen und der Wohlfahrtsstaat im Besonderen stecken. Die Krise bestehe darin, dass der ursprüngliche Sinn der Hilfe für die Schwächsten verloren gehe. Wer keine wirtschaftlich verwertbare Leistung erbringe, sondern der gesellschaftlichen Solidarität bedürfe, belaste letztlich die Volkswirtschaft und gefährde deren Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten. Ganz in diesem Sinne wird auch die Freie Wohlfahrtspflege heute zunehmend unter dem Aspekt diskutiert und bewertet, welchen zählbaren Nutzen sie für unsere Volkswirtschaft bringt.

Der neoliberale Mainstream verlangt offensiv, jede sozialstaatliche Intervention auf ihren letztlich monetären Mehrwert für die volkswirtschaftliche Entwicklung abzuklopfen. Für Humanität und Wohltätigkeit bleibt da nicht viel Platz, vor allem nicht, wenn aus ihr kein unmittelbarer finanzieller Nutzen entspringt. Dass es aber immer auch sozialstaatliche Handlungen geben wird, denen kein positiver Effekt auf

Cent und Euro nachzuweisen ist, liegt auf der Hand. Ihren Wert haben sie gleichwohl – denn ob es sie gibt oder nicht, entscheidet ganz maßgeblich mit, wie es um Humanität, Lebensqualität und Zusammenhalt einer Gesellschaft bestellt ist.

So wird zum Beispiel in der aktuellen Debatte um die Aufnahme von Flüchtlingen durchaus immer wieder das Argument betont, Zuwanderung sei generell wünschenswert, um dem demografischen Wandel und dem damit entstehenden Mangel an Fachkräften entgegenzuwirken. Aber: Soll das etwa heißen, dass wir bei einer besseren demografischen Situation Flüchtlingen den Weg in unsere Gesellschaft verwehren sollten? Oder, dass wir Asylsuchende, die alles was sie besitzen aufgegeben haben, um sich auf eine lebensgefährliche Reise nach Europa zu machen, danach aussieben, wer für unsere Wirtschaft am „nützlichsten“ sein könnte?

Eine solche Verwertungslogik verstellt den Blick auf die wirklichen Gründe, die uns zu einer Aufnahme von Asylsuchenden verpflichten: Die Achtung der Würde eines jeden Menschen, vor allem derjenigen, die unsere Hilfe am dringendsten benötigen. Dies ist nicht nur ein humanitärer Akt, sondern ergibt sich zudem auch zwingend aus unseren völkerrechtlichen und grundgesetzlichen Verpflichtungen. Humanität und der Wohltätigkeit müssen



Professor Dr. Rolf
Rosenbrock,
Vorsitzender des
Paritätischen
Gesamtverbands

nach unserer Überzeugung im Vordergrund stehen, nicht der daraus erwachsene wirtschaftliche Nutzen. Denn gerade diese Werte sind es, die unsere Gesellschaft ausmachen, und auf die wir zu Recht stolz sein können. Es ist viel Mühe notwendig, aber es ist auch viel wert, diese Werte zu verteidigen. Und wie sagte Heribert Prantl in seiner Rede auf dem Wertekongress des Paritätischen in Potsdam: „Ein guter Wohlfahrtsverband ist immer auch ein Widerstandsverband!“

Es ist daher eine große Freude zu sehen, wie viele Menschen sich derzeit bei Mitgliedsorganisationen des Paritätischen melden, weil sie Flüchtlingen helfen möchten. Sie setzen damit nicht nur ein sehr deutliches Signal gegen die leider ebenfalls zunehmenden Tendenzen von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Sie zeigen dabei auch einmal mehr, dass es für den Einzelnen durchaus Möglichkeiten gibt, eine solidarische Gesellschaft mitzugestalten. Dieses Engagement gilt es zu unterstützen. Denn das ist es, was uns als Verband stark macht.

Herzlich Ihr



Verantwortung für Flüchtlinge gerecht und solidarisch teilen

Harald Löhlein, Leiter der Abteilung Migration und internationale Kooperation beim Paritätischen Gesamtverband, über aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen in der Flüchtlingshilfe

Das Jahr 1992 ist mir nicht nur deshalb gut in Erinnerung, weil ich in diesem Jahr meine Tätigkeit als Flüchtlings- und Aussiedlerreferent beim Paritätischen Gesamtverband begann, sondern auch, weil es damals in der Asyl- und Migrationspolitik hoch herging. 1992 gab es über 400.000 Asylsuchende und gleichzeitig noch einmal über 400.000 Spätaussiedler in Deutschland. Die innenpolitische Debatte war sehr aufgeheizt, beschlossen wurden in diesem Jahr und den Folgejahren nicht nur die gravierende Einschränkung des Asylrechts im Grundgesetz, sondern auch zahlreiche weitere Maßnahmen, die Flüchtlinge von der Zuflucht in Deutschland abschrecken sollten. Dazu gehörten insbesondere die massive Kürzung der sozialen Leistungen für Asylsuchende (Asylbewerberleistungsgesetz), die Ausweitung des Arbeitsverbots und der Residenzpflicht. Hinzu kamen zahlreiche Maßnahmen, um möglichst europaweit die Einreise für Flüchtlinge zu erschweren. Damals wurde die Flüchtlingspolitik in Deutschland „traumatisiert“. Eine Zunahme der Flüchtlingszahlen wie Anfang der 90er-Jahre müsse mit allen Mitteln verhindert werden – diese Grundhaltung prägte von nun an die deutsche Asylpolitik.

Hilfsbereitschaft versus Rassismus

Und jetzt? Nach dem deutlichen Rückgang der Flüchtlingszahlen in den vergangenen Jahren ist wieder ein deutlicher Anstieg festzustellen. Dies führt an vielen Orten zu Problemen bei der Unterbringung der Flüchtlinge und auch zu einer deutlichen Zunahme rassistischer Übergriffe – auf Einzelne wie auf

bestehende und geplante Unterkünfte. Andererseits gibt es aber bundesweit eine erfreuliche Welle der Solidarität mit Flüchtlingen. An vielen Orten engagieren sich Bürgerinnen und Bürgern für sie. Viele sind schockiert über die Berichte und Bilder der zahllosen Flüchtlinge, die an den europäischen Außengrenzen beziehungsweise im Mittelmeer sterben. Allein im ersten Halbjahr 2015 wurden mehr als 140.000 Flüchtlinge gezählt, die in unsicheren Booten über das Mittelmeer nach Europa fliehen wollten. Mehrere Hundert, wenn nicht sogar Tausende kamen dabei ums Leben.

Gefährliche Fluchtwege

Wer nimmt diesen Weg, dieses Risiko auf sich, wenn er sich nicht in existenzieller Not befindet? Und wer will angesichts der Konflikte in Syrien, dem Irak oder etwa der Situation in Eritrea bestreiten, dass hier Menschen vor Krieg und brutaler Unterdrückung fliehen? Und zur Wahrheit gehört ja auch: Nur weil die europäischen Staaten die Einreise für Flüchtlinge auf dem Landweg immer mehr erschwert haben, weichen die Flüchtlinge nun verstärkt auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer aus. Verheerend wirkt hier seit Langem auch die sogenannte „Dublin-III“-Verordnung. In dieser ist festgelegt, dass von den europäischen Staaten in der Regel derjenige für das Asylverfahren zuständig sein soll, über dessen EU-Außengrenzen der Schutzsuchende eingereist ist. Mit anderen Worten: Weil ein Staat die Einreise des Flüchtlings nicht verhindert hat, ist er nun für dessen Aufnahme und die Durchführung von Asylverfahren zuständig. Auch wenn diese Regelung in vielerlei

Hinsicht nie funktioniert hat, so ist eine Auswirkung unübersehbar: Die EU-Grenzstaaten versuchen, mit drastischen Mitteln ihre Außengrenzen gegen Flüchtlinge abzuschotten. Darüber, welche schlimme Folgen das für die Menschen hat, gibt es genügend Berichte.

Gerecht und solidarisch

Der Paritätische setzt sich gemeinsam mit anderen Organisationen für ein gerechteres und solidarischeres System der Verantwortung in Europa ein. Die Zuweisung von Flüchtlingen in Länder, in denen die Voraussetzungen für ein faires Asylverfahren und angemessene Aufnahmebedingungen nicht gegeben sind, wo Flüchtlinge keine Perspektive haben und daher auch nicht leben wollen, funktioniert nicht. Zuständig soll daher der Staat sein, in dem sie tatsächlich Asyl beantragen. Flankiert werden soll dies durch einen finanziellen Ausgleich zwischen den Staaten. Aber die Verteilung der Flüchtlinge in Europa ist natürlich nur ein Problem. Wie kann verhindert werden, dass Schutzsuchende auf dem Weg nach Europa ihr Leben riskieren müssen? Einfache Antworten gibt es nicht, aber im Grunde muss es darum gehen, andere legale Zuwanderungsmöglichkeiten zu schaffen oder auszubauen, etwa durch eine Ausweitung der Familienzusammenführung, Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt oder Ausbildung, Ausweitung des Resettlementprogramms, Erteilung humanitärer Visa etc.

Aufgaben des Paritätischen

Die Aktivitäten vieler Mitgliedsorganisationen des Paritätischen im Flücht-

lingsbereich konzentrieren sich natürlich vor allem auf die Unterstützung der Flüchtlinge hier in Deutschland. Neben den circa 150 Mitgliedsorganisationen, die ausschließlich oder schwerpunktmäßig in der Flüchtlingshilfe aktiv sind, gibt es eine große Zahl anderer Organisationen, die nun auch verstärkt mit und für Flüchtlinge arbeiten: In vielen Kindertagesstätten etwa werden Flüchtlingskinder betreut, aber auch in sonstigen Angeboten der Jugendhilfe, der Stadtteilzentren, der Behindertenhilfe, der Frauenhäuser – in nahezu allen Bereichen der sozialen Arbeit werden Flüchtlinge zu einer wichtigeren Zielgruppe, für die teilweise spezifische Angebote entwickelt werden. In jedem Fall ergeben sich vor Ort dadurch viele praktische Fragen: Wer hat Zugang zu welchen Leistungen? Welche Konzepte haben sich bewährt? Wie können Sprachmittler organisiert werden? – und vieles mehr.

Engagement unterstützen

Der Paritätische Gesamtverband und die Landesverbände verstärken daher ihre diesbezüglichen Schulungsangebote und veröffentlichen aktuelle Arbeitshilfen zu dem Thema, etwa zu den Grundlagen des Asylrechts, den aktuellen Leistungsansprüchen gemäß Asylbewerberleistungsgesetz etc. Eine wichtige Hilfe ist dabei das über den Paritätischen Gesamtverband mitfinanzierte bundesweite Projekt zur Qualifizierung der Flüchtlingsarbeit, das bei der Mitgliedsorganisation GGUA in Münster angesiedelt ist. (Siehe Bericht auf Seite 12 dieser Ausgabe.) Dort werden nicht nur zahlreiche Arbeitshilfen erstellt, das Team steht auch bundesweit für Schulungen zur Verfügung. Um all jene, die vor Ort Flüchtlinge beraten, regelmäßig mit aktuellen Informationen im Bereich des Asylrechts und der Herkunftsländer zu versorgen, trägt der Paritätische Gesamtverband gemeinsam mit den anderen Wohlfahrtsverbänden, Pro Asyl, Amnesty International und dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) seit vielen Jahren den „Informationsverbund Asyl und Migration“. (Mehr dazu auf Seite 23.)
Zusammen mit anderen Verbänden

setzt sich der Paritätische auf Bundesebene dafür ein, bessere Perspektiven für die hier lebenden Flüchtlinge zu schaffen. Es muss darum gehen, ihnen zügig die Möglichkeit zu geben, hier eigenständig zu leben. Zugang zu umfassenden Deutschkursen, zu beruflicher Qualifizierung, Zugang zum Arbeitsmarkt ohne „Vorrangprüfung“ sind dazu ebenso wichtige Voraussetzungen wie die Aufhebung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Zudem: Warum sollen abgelehnte Asylbewerber, die über beachtliches berufliches Potenzial verfügen, abgeschoben werden, wenn gleichzeitig Einwanderer angeworben werden sollen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen?

Auf europäischer Ebene arbeitet der Paritätische mit beim Europäischen Flüchtlingsrat (ECRE) und setzt sich mit den anderen europäischen Partnerorganisationen dafür ein, dass die europäischen Staaten sich stärker bei der Aufnahme von Flüchtlingen engagieren, dass die Flüchtlinge solidarisch auf die Länder Europas verteilt werden sowie europaweit bessere Standards der Flüchtlingsanerkennung und -aufnahme geschaffen werden.

Ehrenamtliches Engagement stärken

Einen besonderen Schwerpunkt stellt aktuell die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge dar. Da gibt es einen enormen Bedarf an Beratung, Koordinierung und Qualifizierung. Sehr erfreulich ist, dass mit finanzieller Unterstützung der Integrationsbeauftragten des Bundes in den kommenden anderthalb Jahren circa 45 paritätische Mitgliedsorganisationen finanzielle Mittel zur Unterstützung der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit erhalten. (Siehe Seite 8.) Dies ermöglicht es etwa, an vielen Orten passgenaue Schulungsangebote oder Arbeitshilfen zu erstellen. Auch zahlreiche der im Paritätischen organisierten circa 180 Migrantenorganisationen setzen sich verstärkt für

Flüchtlinge ein und können dabei ihr spezifisches Know-how einbringen.

Humanitäre Hilfe

Aber auch in den Herkunftsregionen der Flüchtlinge, etwa in Syrien und den Nachbarstaaten, engagieren sich mehrere Paritätische Mitgliedsorganisationen im Rahmen der humanitären Auslandshilfe für Flüchtlinge. Finanziert wird dies auch durch Spenden, die im Rahmen des Bündnisses „Aktion Deutschland Hilft“, bei dem der Paritätische Mitglied ist, gesammelt werden.

Man sollte auch bei steigenden Flücht-

lingszahlen in Deutschland nicht vergessen, dass andere Staaten – in der Regel die unmittelbaren Nachbarstaaten in Krisenregionen – von der

Flüchtlingsaufnahme in weit höherem Maße betroffen sind als Europa oder Deutschland. Nach Angaben des UNHCR gibt es weltweit derzeit circa 60 Millionen Flüchtlinge, Tendenz steigend. Eines der Hauptaufnahmeländer ist derzeit der Libanon – dort sind mittlerweile 25,7 Prozent der Bewohner Flüchtlinge! Würde man diese Zahl auf Deutschland übertragen, ergäbe sich eine Zahl von gut 20 Millionen Flüchtlingen.

Zivilgesellschaft ist gefordert

Es muss aber auch offen gesagt werden: Niemand hat gegenwärtig eine umfassende Lösungsstrategie – und niemand weiß angesichts der Krisen und Konflikte in zahlreichen Ländern, mit welchen Flüchtlingszahlen wir in der nahen Zukunft zu rechnen haben. Klar ist aber, dass die Aufnahme und zügige Integration von Flüchtlingen in den nächsten Jahren ein zentrales Thema bleiben wird. Dafür müssen einerseits ausreichend Ressourcen bereitgestellt werden – andererseits sind aber auch die Zivilgesellschaft und auch der Paritätische gefordert, sich hier stark zu engagieren.

Harald Löhlein,
Leiter der Abteilung
Migration und
internationale
Kooperation beim
Paritätischen
Gesamtverband



Verluste nicht verleugnen, aber trotzdem wieder nach vorne schauen

Laut UNICEF, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, ist jeder dritte Flüchtling, der nach Deutschland kommt, jünger als 18 Jahre. Besonders schutzbedürftig sind Jungen und Mädchen, die sich ohne Eltern in der Fremde zurechtfinden müssen. Eine Wohngruppe des Pädagogisch-Medizinischen Zentrums Wabern hat sich auf die Betreuung von Mädchen und jungen Frauen spezialisiert.

Was ihr in Deutschland am besten gefällt? Yasemin* muss nicht lange überlegen: „Dass hier Frieden ist.“ Die 18-Jährige kommt aus einem Land, in dem Bürgerkrieg herrscht. Und nicht nur das. Ihr drohte ein Leben, das weder sie wollte, noch ihre Mutter: ohne Chance auf Bildung und berufliche Perspektiven, verheiratet mit einem Mann, der ihr aufgezungen worden wäre. 14 Jahre war Yasemin alt, als ihre Mutter beschloss, dass es ratsam für ihre Tochter wäre, zu fliehen. In eine ungewisse, aber hoffentlich bessere Zukunft. In ein Land, in dem das Leben nicht ständig in Gefahr ist und Frauen das Recht haben, selbst zu entscheiden, ob sie heiraten und wen. Jetzt, vier Jahre später, sitzt Yasemin auf dem Balkon eines Hauses in Homberg/Efze in Nordhessen und gibt ein Interview. Sie möchte nicht, dass ihr richtiger Name genannt wird, und auch nicht das Land, aus dem sie kommt. Auch ein Foto von sich machen zu lassen ist ihr zu riskant. Sie hat gelernt, vorsichtig zu sein, sehr vorsichtig, keine unnötigen Risiken einzugehen. Der Weg hierher war gefährlich genug. Sie musste sich auf völlig fremde Menschen verlassen, immer wieder. Ihrem Bauchgefühl folgen. Das macht sie auch jetzt.

Nach ihrer Ankunft in Deutschland verbrachte sie ein halbes Jahr in einer Erstaufnahme-Einrichtung in Frankfurt am Main, ehe sie im nordhessischen Homberg/Efze ein neues Zuhause fand. Mit neun anderen Mäd-

chen – in einer Wohngruppe für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die vor mehr als 20 Jahren vom Pädagogisch-Medizinischen Zentrum Wabern gegründet wurde. Die meisten Mädchen, die hier leben, kommen aus Äthiopien, Eritrea, Somalia und Ghana. Wie Yasemin sind sie geflohen vor Krieg, Gewalt, bitterer Not. Viele von ihnen haben Furchtbares durchmachen müssen, ehe sie herkamen. So Schlimmes, dass sie meist lieber gar nicht darüber reden möchten, damit nicht all der Schmerz und die Ängste wieder aufbrechen. Ein Team aus fünf Betreuerinnen und einer Mitarbeiterin, die die Muttersprache vieler Mädchen spricht, hilft ihnen, wieder nach vorne zu blicken, Zuversicht zu entwickeln. Die Trauer um Verluste nicht zu verleugnen und zugleich die Freude am Leben wieder spüren zu können. Neugierig zu sein, sich Ziele zu stecken.

Weichen für die Zukunft stellen

Im Schichtdienst wechseln die Mitarbeiterinnen sich ab, sind rund um die Uhr für die Mädchen im Alter zwischen zwölf und 19 Jahren da. Wann immer sie gebraucht werden. Die jungen Frauen müssen Deutsch lernen, die richtige Schule oder Ausbildungsstelle muss gefunden werden, jede Menge Papierkram ist zu bewältigen, häufig auch therapeutische Unterstützung zu organisieren. Hilfe bei den Hausaufgaben gehört ebenso dazu wie die Begleitung bei Arztbesuchen und Behördengängen und Gespräche mit den Vormündern. Es sind wichtige Jahre, in denen entscheidende Weichen gestellt werden für

das spätere Leben. Yasemin hat jetzt im Sommer ihren Realschulabschluss gemacht. Eine Ausbildungsstelle als Zahnmedizinische Fachangestellte hat sie auch schon gefunden. Und bald wird sie die Wohngruppe verlassen, auf eigenen Füßen stehen – wissend, wo sie Hilfe bekommt, wenn sie welche braucht. Das Leben, das noch vor einigen Jahren von soviel Unsicherheit geprägt war, verläuft jetzt in geregelten Bahnen.

Heimweh und Sorgen

Vor den Sommerferien musste die 18-Jährige noch einmal richtig Gas geben, viel lernen. Gute Noten im Abschlusszeugnis sind ihr wichtig. „Für manches brauche ich einfach noch ein bisschen länger als andere, die in Deutschland aufgewachsen sind. Aber ich lerne gerne und bin aufgeschlossen für Neues“, sagt sie in perfektem Deutsch. „Die erste Zeit hier in Deutschland war sehr schwer. Auch

Das Pädagogisch-Medizinische Zentrum Wabern ist eine Einrichtung der Vitos Kalmenhof gGmbH, eines großen Trägers der Behinderten-, Kinder- und Jugendhilfe mit Hauptsitz im hessischen Idstein. Dort wurde im Januar auch eine Wohngruppe für unbegleitete männliche minderjährige Flüchtlinge im Alter ab 14 Jahren gegründet. Kontakte:
Pädagogisch-Medizinisches Zentrum Wabern
Fachbereichsleiterin Ute Zimmer
Tel.: 05683|2370015
E-Mail: ute.zimmer@vitos-kalmenhof.de
Vitos Kalmenhof, Idstein
Fachbereichsleiterin Michaela Fehr
Tel.: 06126|23412
E-Mail: michaela.fehr@vitos-kalmenhof.de
www.vitos-kalmenhof.de

* Namen von der Redaktion geändert

Die Mädchen und jungen Frauen, die in der Wohngruppe für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge leben, haben einen schweren Weg hinter sich. Die WG bietet ihnen nicht nur Sicherheit, sondern auch die Chance, wieder zuversichtlich nach vorne zu blicken.
Foto: Reiner Strack | Vitos Kalmenhof



jetzt habe ich oft noch Heimweh. Aber damit muss ich leben. In mein Heimatland kann ich erst wieder zurück, wenn dort kein Krieg mehr ist.“ Besonders schlecht ging es der jungen Frau, als sie erfuhr, dass ihre in der Heimat zurückgebliebene Mutter schwer erkrankt war. „Da habe ich mir viele Sorgen gemacht und es hat mir sehr geholfen, dass ich mit den Betreuerinnen hier darüber reden konnte.“

Rückhalt und Geborgenheit

Den Mädchen Rückhalt und Geborgenheit geben und sie zugleich auf ein eigenständiges Leben vorbereiten – das ist eine Aufgabe, die von Carmen Wenk und ihren Kolleginnen viel Einfühlungsvermögen und Engagement erfordert. Die Jugendlichen müssen so viel auf einmal bewältigen: Ohne familiären Beistand erwachsen werden und sich in einer völlig fremden Kultur zurechtfinden. Oft kommen seelische Belastungen als Folge traumatischer Erfahrungen hinzu. All das bringt viele Herausforderungen mit sich. Und das Miteinander in der Wohngruppe ist auch nicht immer ganz konfliktfrei. Hinter der bürokratisch formulierten Bezeichnung „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ als gemeinsamem Nenner verbergen sich in der Realität ja junge Menschen mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen, die auch sehr unterschiedliche Bewältigungsstrategien für Probleme entwickelt haben, betont Carmen Wenk. Das führt im alltäglichen Miteinander manchmal auch zu Spannungen. Doch immer wieder sind sie und ihre Kolleginnen erstaunt, wie

viel Kraft die jungen Frauen mobilisieren, wenn sie die Chance bekommen, sich zu entfalten. Wie etwa Senait* aus Eritrea, die mit 14 nach Homberg/Efze kam, zwei Jahre die Realschule besuchte, dann auf ein bilinguales Gymnasium wechselte und jetzt in Ostdeutschland in einem dualen Studium den Beruf der physikalisch-technischen Assistentin lernt. Oder Makeda* aus Guinea-Conracy, die nach an einer hessischen Fachhochschule Pflege und Gesundheit studiert. „Es ist für uns immer eine große Freude zu sehen, wie gut die jungen Frauen es schaffen, ihr Leben erfolgreich zu gestalten, wenn sie nach ihrem Auszug noch den Kontakt zu uns halten oder uns Jahre später besuchen. Sie sind auch wichtige Vorbilder für die Mädchen, die jetzt hier leben.“

Viele Hürden

Doch dass die Lebensläufe der Mädchen sich so positiv entwickeln, ist nicht selbstverständlich. Und häufig sind zuvor harte Kämpfe auszufechten. Denn immer wieder werden den jungen Frauen Steine in den Weg gelegt, beklagt Carmen Wenk und schildert gleich auch ein paar Beispiele: „Die Asylverfahren dauern in der Regel sehr lange, was dazu führt, dass die Mädchen

aufgrund der Ungewissheit sehr angespannt sind.“ Außerdem sei es sehr schwer, für traumatisierte Jugendliche Therapieplätze zu bekommen. Und es mangle an Dolmetschern für jene, die noch nicht so viel Deutsch sprechen, dass es für eine Therapie reicht.

Was die Betreuerinnen aber ganz besonders ärgert, sind die Hindernisse bei der schulischen und beruflichen Ausbildung, beispielsweise durch Restriktionen beim Bafög-Bezug. „Wir haben ein volljähriges Mädchen, das die Berufsfachschule nicht besuchen kann, weil es noch nicht vier Jahre in Deutschland ist und deshalb keinen Anspruch auf Bafög hat. Wenn sie sich arbeitssuchend meldet, bekommt sie zwar Leistungen vom Jobcenter, muss aber auch dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und kann nicht zur Schule gehen. Statt etwas lernen zu können, was ihre beruflichen Perspektiven verbessert, ist sie quasi gezwungen, zu Hause rumzusitzen.“ Und das sei kein Einzelfall, betont Carmen Wenk. Der unsichere Aufenthaltsstatus und die bestehende Gesetzeslage führten oft dazu, dass den jungen Menschen wichtige Zeit zum Lernen geraubt und Zukunftschancen verbaut würden.

Ulrike Bauer

Siehe auch Bericht auf Seite 8.

Besserer Schutz für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Kinder und Jugendliche, die ohne Begleitung von Erwachsenen als Flüchtlinge nach Deutschland kommen, stellen das Versorgungssystem vor besondere Herausforderungen. Häufig geraten die schutzbedürftigen jungen Menschen jedoch ins Spannungsfeld zwischen Asyl- und Ausländerrecht und dem Kinder- und Jugendhilfegesetz. Das geplante Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher zielt darauf ab, dem Kinder- und Jugendhilfe-recht im Sinne des Kindeswohls Vorrang zu geben. Diese grundlegende Ausrichtung begrüßt die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW). Sie sieht gleichwohl Unzulänglichkeiten, die sie in einer Stellungnahme kritisiert.

Kompetenzzentren gefordert

Etliche Städte und Gemeinden sind aufgrund der gestiegenen Zahl minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge überfordert, die häufig traumatisierten Kinder und Jugendlichen ihren Bedürfnissen entsprechend unterzubringen. Die BAGFW hat bereits im März gefordert, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, die den Auf- und Ausbau von Kompetenzzentren für den Schutz, die Förderung und Beteiligung junger Flüchtlinge ermöglicht und damit die Wahrung der Kinderrechte effizient sicherzustellen vermag. Dies sei durch die Verlagerung der sachlichen Zuständigkeit auf den überörtlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe möglich. Im Gesetzesentwurf habe dieser Vorschlag jedoch keine Berücksichtigung gefunden, bedauert die BAGFW. Sie fordert, dass bei der Verteilung der Kinder und Jugendlichen im Kontext der Überlastung einzelner Kommunen darauf geachtet werden müsse, dass die Jugendämter, denen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zugewiesen werden, für deren Unterbringung, Versorgung und Betreuung auch entsprechend geeignet sind. [▶ www.migration.paritaet.org](http://www.migration.paritaet.org)

Neues Projekt:

Koordinierung, Qualifizierung und Förderung der ehrenamtlichen Unterstützung von Flüchtlingen

Die Bereitschaft in der Bevölkerung, sich ehrenamtlich für Flüchtlinge zu engagieren, ist groß. Das stellt die hauptamtlich Beschäftigten sozialer Organisationen und Initiativen zugleich vor die Aufgabe, die neuen Ehrenamtlichen für die anspruchsvolle Tätigkeit zu qualifizieren und den Einsatz zu koordinieren. Rund 45 Mitgliedsorganisationen des Paritätischen erhalten dafür in den nächsten anderthalb Jahren finanzielle Unterstützung aus Mitteln der Integrationsbeauftragten des Bundes – im Rahmen des neuen Projekts „Koordinierung, Qualifizierung und Förderung der ehrenamtlichen Unterstützung für Flüchtlinge“.

Flüchtlinge beteiligen

Gefördert wird nicht nur die Qualifizierung der ehrenamtlich Engagierten, sondern auch die Einbeziehung der Flüchtlinge, also deren Beteiligung an Planung und Durchführung der Projekte.

Geld gibt es vor allem für Projekte, die sozialräumlich ausgerichtet sind, wie etwa „Willkommensinitiativen“ oder Maßnahmen, welche die Einbeziehung der Flüchtlinge in Vereine und beispielsweise die Zusammenarbeit mit Nachbarschaftszentren fördern. Unterstützt werden soll auch die Kooperation mit Freiwilligenagenturen beziehungsweise den Stellen, die im Sozialraum generell für die Koordination von Freiwilligenarbeit zuständig sind. Zudem soll die Rolle, die Migrantenorganisationen bei der ehrenamtlichen Unterstützung von Flüchtlingen spielen können, berücksichtigt werden.

Beratung zum Thema Asyl

Bei der Qualifizierung von Ehrenamtlichen soll auch die Thematik der Bera-

tung der Flüchtlinge hinsichtlich des Asylverfahrens eine wichtige Rolle spielen. Fragen der psychosozialen Begleitung der Ehrenamtlichen werden ebenso in den Blick genommen wie die interkulturelle Sensibilisierung.

Nähere Informationen gibt es bei

Claudia Karstens,

Referentin für Migrationssozialarbeit

Tel.: 030|24636-406

E-Mail: mgs@paritaet.org

Junge Asylsuchende und Studierende unter einem Dach

Condrops hat in München ein innovatives Integrationsprojekt gestartet. In der Kistlerhofstraße 144 bezogen über 60 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und mehr als 40 Studierende ein gemeinsames Zuhause. Ziel des Wohnmodells ist es laut Condrops, den jugendlichen – meist traumatisierten – Flüchtlingen einen Ort der Sicherheit sowie die bestmögliche Hilfe für ihre Integration zu geben. Das gemeinsame Wohnen fördere das Verständnis der unterschiedlichen Kulturen und Biografien. „So lernen die jungen Flüchtlinge schneller die deutsche Sprache. Die Studierenden haben die Möglichkeit, zum Beispiel durch Nachhilfe, Freizeitorganisation oder Pfortendienst den Mietpreis für ihre Wohnungen zu reduzieren bzw. ihr monatliches Budget etwas aufzustocken.“

Condrops startete vor mehr als 40 Jahren mit Hilfen für Suchtgefährdete, hat heute aber ein viel breiteres Spektrum. www.condrops.de



Thüringen:

Qualifizierung von Flüchtlingspaten

Um Ehrenamtlichen, die sich für Flüchtlinge engagieren, wichtiges Grundlagenwissen zu vermitteln, hat der Paritätische Thüringen eine Weiterbildung für „Flüchtlingspaten“ entwickelt, die im Juni in Neudietendorf begonnen hat. Der Zertifikatskurs „Kompetent in der Begleitung von Flüchtlingen“ mit drei Modulen bietet zugleich auch eine Plattform für den Austausch zu spezifischen Herausforderungen in der Arbeit mit Flüchtlingen.

Themen im Modul 1 sind unter anderem: Flüchtlinge in Thüringen – der aktuelle Rahmen, Völkerrecht und internationaler Flüchtlingsschutz; das europäische Asylsystem; Informationen über Herkunfts- und Zielländer in Zahlen; Asylrecht und Asylverfahrensrecht; soziale Sicherung durch das Asylbewerberleistungsgesetz und Sozialgesetzbuch XII; Arbeit und Ausbildung; Integrationsstrukturen und Hilfelandschaften in Thüringen. Modul 2 vermittelt Grundlagen der interkultu-

rellen Kommunikation und soll die Teilnehmenden für Prägnanzen und Umgang mit dem „Fremden“ und Grenzen des eigenen Engagements sensibilisieren. Zudem geht es um die Definition der eigenen Rolle als Flüchtlingspate oder -patin und die Unterstützungsmöglichkeiten in der Flüchtlingsarbeit. Im Modul 3 steht der Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen im Fokus.

Weitere Infos gibt es auf www.paritaetische-akademie-thueringen.de

*

Einen Überblick über die Aktivitäten des Paritätischen Thüringen und seiner Mitgliedsorganisationen für Flüchtlinge finden Interessierte auf www.paritaet-th.de unter „Willkommenskultur“. Zuständiger Referent ist Stefan Oßwald, E-Mail: sosswald@paritaet-th.de, Tel.: 036202|26-239.

Sozialverband VdK:

Hilfe für Flüchtlinge hat Tradition

Der Sozialverband VdK Hessen-Thüringen hat im hessischen Grünberg eine gemeinsame Erklärung zur Flüchtlingshilfe verabschiedet. In dieser „Grünberger Erklärung“ ruft der VdK seine Verbandsstufen dazu auf, die Kommunen bei der Hilfe für Flüchtlinge zu unterstützen: „Angesichts der steigenden Zahl von Flüchtlingen stehen viele Kommunen vor großen Herausforderungen. Sie sind darauf angewiesen, dass die Bürger ihr Herz in die Hand nehmen, um die Aufgaben vor Ort gemeinsam zu lösen... Jede noch so kleine Geste oder Aktion ist ein Zeichen der Menschlichkeit und hilft den in Not geratenen Menschen.“ In den vergangenen Monaten haben sich sowohl im Landesverband Hessen-Thüringen als auch bundesweit

bereits viele Orts- und Kreisverbände des VdK an der Hilfe für Flüchtlinge beteiligt. „Obwohl Flüchtlingsarbeit nicht zu den klassischen Feldern der VdK-Tätigkeiten gehört“, wie Karl-Winfried Seif, Landesvorsitzender des Sozialverbands VdK Hessen-Thüringen, betonte. Er erinnerte daran, dass der VdK vor fast 70 Jahren gegründet wurde, weil viele Menschen durch Krieg und Vertreibung in einer dramatischen Notsituation waren: „Damals haben sich Menschen trotz schwierigster Lebensbedingungen zusammengefunden, um sich und anderen zu helfen. Auch heute verlässt niemand seine Heimat, seine Familie und die Freunde und riskiert sein Leben, wenn er darin nicht die einzige Chance zum Überleben sieht.“ www.vdk.de/hessen-thueringen

Willkommen Abenteuer...

Barrierefreier Erlebnis-Urlaub

- für Gruppen, Familien & Schulklassen...
- Tagesausflüge oder Übernachtungen mit Halb- bzw. Vollpension
- erlebnispädagogisch begleitete Outdoor-Aktivitäten
- Kanu, E-Bikes, Hochseilgarten und mehr...



www.elsterpark-herzberg.de

direkt am Fluss „Schwarze Elster“

04916 Herzberg | Badstraße 29-30

☎ Telefon 03535 48 30 0



Die Kapazitäten reichen nur, um den am schlimmsten Betroffenen zu helfen

Bei rund 40 Prozent der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, muss nach Einschätzung des Diplom-Psychologen Hajo Engbers von traumatisierenden Erlebnissen ausgegangen werden. Viele benötigen therapeutische Hilfe. Eine psychosoziale Erstversorgung bietet der Paritätische Schleswig-Holstein.

Sie stammen aus Bürgerkriegsländern wie Eritrea oder Syrien, sie sind Gefangenschaft oder Folter entkommen, haben Todesängste durchlitten: Etwa 190 von Tausenden Flüchtlingen in Schleswig-Holstein werden in diesem Jahr im Beratungszimmer des Diplom-Psychologen Hajo Engbers in Kiel sitzen, mit seiner Kollegin Violetta Koch sprechen oder zu den über ganz Schleswig-Holstein verteilten Therapeutinnen und Therapeuten eines gemeinsamen Netzwerks gehen, das in den vergangenen Jahren geknüpft wurde. 190: „Das ist eine Zahl, die wir nur erreichen, weil alle im Team sich sehr einsetzen“, sagt Krystyna Michalski, Referentin für Flüchtlinge und Migration beim Paritätischen Schleswig-Holstein. „Aber es bleibt ein Minimal-Angebot für die Schwerstbetroffenen.“

Wartezeit überbrücken

Seit 2011 organisiert und trägt die Kieler Geschäftsstelle die psychosoziale Erstversorgung traumatisierter Flüchtlinge. Die Krisenintervention überbrückt die Wartezeit, bis ein Therapieplatz gefunden ist. Schleswig-Holstein ist damit bundesweit der einzige Landesverband, der in eigener Regie auf diese Weise für Flüchtlinge tätig ist. Die Aufgabe sei gut beim Verband angesiedelt, sagt Michalski. Doch wie in vielen Hilfsprojekten fehlt es an Geld und Personal. Michalski wirbt daher bei Therapeuten und Kliniken, sich noch stärker für die Arbeit mit Flüchtlingen zu öffnen. „Es gibt Kollegen, die daran zwei-

felten, ob eine Therapie überhaupt sinnvoll für Menschen sein kann, deren Aufenthalt nicht gesichert ist“, sagt Hajo Engbers. „Aber ich entgegne: Gerade in dieser Situation ist es wichtig, die Betroffenen zu stabilisieren.“ Der Diplom-Psychologe hat jahrzehntelange Erfahrung in der Arbeit mit Flüchtlingen. Er war bereits für die Beratungsstelle „Refugio“ tätig, eine Mitgliedsorganisation des Paritätischen, die Ende 2010 aus finanziellen Gründen ihre Arbeit einstellen musste. Die Aufgabe, sich um Opfer von Gewalt, Folter und Fluchtfolgen zu kümmern, blieb: Bund, Länder und Gemeinden sind dazu – auch durch EU-Recht – verpflichtet. In Schleswig-Holstein, das von einer Koalition aus SPD, Grünen und der Minderheitenpartei SSW regiert wird, gibt und gab es dafür immer einen breiten politischen Konsens. Allein: Das Land ist verschuldet und hat sich gesetzlich zu einem Sparkurs verpflichtet.

Krisenintervention und Erstversorgung

100.000 Euro stellt die Landesregierung in diesem Jahr voraussichtlich für die Krisenintervention und Erstversorgung der Flüchtlinge zur Verfügung. „Damit stehen wir nicht schlecht da, aber angesichts der stetig steigenden Zahlen von Hilfebedürftigen ist es eben nicht auskömmlich“, sagt Krystyna Michalski. Bis Ende 2014 finanzierte sich das Projekt aus EU-Mitteln. Damit konnten nicht nur der Paritätische, sondern auch das Zentrum für Integrative Psychiatrie, das zum Universitätsklinikum Schles-

wig-Holstein gehört, eine Krisenintervention und Schulungen für andere Therapeuten anbieten. Genug Hilfen gab es nach Meinung der Experten schon damals nicht: „Bis zu 40 Prozent der Flüchtlinge sind traumatisiert“, sagt Engbers. Zurzeit steige nicht nur die Zahl der Flüchtlinge, sondern auch die Zahl derer, die extreme Gewalt oder Todesgefahr erlebt haben. Zur Beratungsstelle finden die Flüchtlinge durch Informationen in den Unterkünften, über Mediziner oder Helfer.

Im schleswig-holsteinischen Netzwerk engagieren sich niedergelassene Therapeuten und Therapeutinnen, Kliniken und die für die Arbeit mit Flüchtlingen so wichtigen Dolmetscher. Dieses Netz soll ausgebaut werden: „Das Interesse etwa der Kliniken an Fortbildung ist groß“, sagt Michalski. „Schließlich werden traumatisierte Flüchtlinge dort als Akut-Patienten eingewiesen.“ Auch Schulen, Kitas und Behörden haben immer wieder mit Menschen zu tun, die unter unbewältigten Traumata leiden. „Daher sollten auch alle Beteiligten ein Interesse daran haben, den Menschen frühzeitig zu helfen – das mindert nicht nur menschliches Leid, sondern ist auch nach rein ökonomischen Kriterien sinnvoll“, betont Michalski. Sie hofft darauf, das Projekt in den kommenden Jahren fortsetzen zu können. Esther Geißlinger

Der Paritätische Schleswig-Holstein
Krystyna Michalski
Tel.: 0431|560223
E-Mail: michalski@paritaet-sh.org



Karim im Gespräch mit dem Diplom-Psychologen Hajo Engbers.

Foto: Geißlinger

Karim, der in Wirklichkeit anders heißt, floh mit seiner Familie aus Afghanistan. Als Minderjähriger wurde er von seinen Eltern getrennt und irrte mit seinem jüngeren Bruder durch Europa. Im Rahmen des Projekts des Paritätischen Schleswig-Holstein erhielt er eine psychosoziale Erstversorgung. Hier berichtet der 22-Jährige von seinen Erfahrungen.

Ich glaube, am schlimmsten war die Nacht unter der Brücke. Da wurden mein Bruder und ich von unseren Eltern und unserer Schwester getrennt. Wir wollten mit anderen Flüchtlingen die Grenze zur Türkei überqueren, als wir beschossen wurden – von beiden Seiten. Wir waren 80 Leute in kleinen Autos. Als das Feuer begann, rannten alle auseinander. Mein Bruder und ich sprangen aus dem Wagen und versteckten uns unter der Brücke. Die ganze Nacht lagen wir dort, im Schlamm und kalten Wasser. Wir wagten nicht zu reden, kaum zu atmen – die Männer mit den Gewehren hätten uns hören und töten können. Wir haben die Nacht überlebt, aber unsere Eltern waren weg, und ich habe sie seither nicht wieder gesehen. Ich war der Ältere, schon 17. Mein Bruder war erst elf. Ich war für ihn verantwortlich – und ich habe versagt. Ihm ist

auf unserer Flucht etwas Schlimmes geschehen, und ich konnte es nicht verhindern. Diese Sachen kann ich nicht vergessen, ich denke immer daran, und manchmal liege ich nachts wach und muss weinen, weil ich mich schuldig fühle.

Flucht vor den Taliban

Dass wir aus Afghanistan fliehen mussten, liegt an den Taliban. Das sind Tiere! Entschuldigung, das ist kein nettes Wort, aber ich muss sie so nennen – das sind Monster, die sogar kleine Mädchen umbringen. Sie haben uns geschlagen und meinen Vater mitgenommen. Meine Mutter ist losgegangen zu den gefährlichen Männern und hat meinen Vater wieder nach Hause gebracht. Sie ist Krankenschwester, aber sie hat allen geschworen, dass sie nicht mehr arbeiten wird. Mein Vater ist schlimm geschlagen worden, mit Kabel und Seilen, er konnte nicht mehr laufen. Es war klar, dass es wieder passieren könnte, also haben wir die Sachen gepackt und sind geflohen, meine Eltern, meine Schwester, wir beiden Brüder.

Wir haben einige Jahre in Pakistan gelebt, dann sind wir in den Iran und in die Türkei geflohen. Wir wollten nicht in ein bestimmtes Land, nur dahin, wo es sicher ist. Mein Bruder und ich kamen allein nach Europa,

wir waren in Griechenland, in Italien. Es waren schwere Zeiten, sehr schwer, und die Angst bleibt bis heute bei mir. Irgendwann wurde mein Bruder von mir getrennt: Ich versuchte, Arbeit zu finden, und als ich zu unserem Lagerplatz kam, war die Polizei dort, und er war weg. Ich reiste nach Norden weiter, ich wollte nach Skandinavien, aber vor der dänischen Grenze wurde ich gefasst. Seit 2012 bin ich hier in Schleswig-Holstein. Ich habe Deutsch gelernt, ich mache eine Ausbildung als Altenpfleger. Die alten Leute verstehe ich gut, außer sie sprechen Plattdeutsch.

Wenn ich Polizei sehe, zittere ich

Es gibt Leute, die mir helfen. Da ist mein Nachbar, mit dem ich mich oft treffe. Und es sind die Leute von der Beratungsstelle ZBBS, wo ich Deutsch gelernt habe. Und der Therapeut, zu dem ich einmal die Woche gehe und über alles reden kann, was mich bedrückt. Aber ich weiß immer noch nicht, ob ich bleiben darf. Ich habe immer Angst, dass ich abgeschoben werde. Ich weiß ja, dass es vorher einen Brief gibt, aber wenn ich irgendwo Polizei sehe, dann zittere ich. Und in der Nacht träume ich oft, ich bin in einem dunklen Zimmer. Jemand sagt zu mir: Wo bist du? Das Zimmer ist sehr kalt. Dann kommt eine dunkle Treppe, und jemand schubst mich. Wenn ich aufwache, bin ich in Schweiß gebadet. Ja, es gibt gute Dinge. Ich weiß, dass meine Eltern und mein Bruder leben – sie sind in Skandinavien, wo sie sich wiedergefunden haben. Ich weiß, wo sie leben, und habe mit ihnen telefoniert, und vielleicht können sie mich bald besuchen. Mein Bruder ist durch Schleswig-Holstein gekommen, als ich schon hier war: Wir waren ganz nahe, aber wussten nichts davon. Es geht ihm gut, aber ich schäme mich immer noch, dass ich ihn nicht besser beschützt habe. Ich bin jetzt 22, und ich denke manchmal, dass ich noch nie etwas Gutes erlebt habe. Aber jetzt will ich in Deutschland bleiben, ich will hier arbeiten und weiter lernen.

Aufgezeichnet von Esther Geißlinger

„Wir brauchen mehr qualifizierte Beratung für Flüchtlinge“

Das „Projekt Q“ in Münster qualifiziert, bildet weiter und berät zu rechtlichen Fragen rund um das Asyl- und Ausländerrecht.

Warum darf ich nicht arbeiten? Wo können unsere Kinder in die Schule gehen? Wer hilft mir, wenn ich krank bin? Droht uns die Abschiebung? Fragen, mit denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Flüchtlingshilfe, in Asylbewerberheimen oder auch in der Beratung von Migranten in Jobcentern und Kommunalverwaltungen häufig konfrontiert werden. Die Antworten müssen sie nach Recht und Gesetz geben. Eine Aufgabe, die immer komplexer wird. Das „Projekt Q – Qualifizierung der Flüchtlingsberatung“ bietet ihnen Unterstützung an.

Viele gesetzliche Neuerungen

„Es vergeht kein Jahr, in dem sich die Gesetzgebung im Migrations-, Asyl- oder Sozialrecht nicht ändert“, sagt Volker Maria Hügel, Mitarbeiter im „Projekt Q“ im nordrhein-westfälischen Münster. Das Projekt in Trägerschaft der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender (GGUA) ermöglicht seit 1995 eine umfassende Qualifizierung der Flüchtlingsberatung. Ziel ist, Menschen, die mit Flüchtlingen arbeiten, immer auf den neuesten Stand der Gesetzeslage zu bringen.

„Der Bedarf hat enorm zugenommen“, stellt der Sozialpädagoge Hügel fest. Denn die Anforderungen an Menschen, die mit Flüchtlingen arbeiten, steigen nicht nur durch deren wachsende Zahl, sondern auch durch sich ständig ändernden Verordnungen und Regelungen.

„Distanz aufbauen können, ohne auf Empathie zu verzichten“

Menschliche Schicksale auf der einen Seite, Paragraphen und Richtlinien auf der anderen. „Da ist es notwendig, Distanz aufbauen zu können, ohne auf

Empathie zu verzichten“, so Hügel. Eine Anforderung, der sich unerfahrene oder zu wenig qualifizierte Ansprechpartner in der Flüchtlingshilfe oft auf Dauer häufig nicht gewachsen fühlen. Die Folge: eine steigende Fluktuation bei den Beraterinnen und Beratern. Diese wiederum hat Konsequenzen für die Kontinuität beispielsweise für die Beratung der Asylsuchenden. Volker Maria Hügel ist deshalb überzeugt: „Wir brauchen dringend ein Curriculum für Flüchtlingsberatung. Es kann nicht sein, dass es noch immer kein Anforderungsprofil für Personen gibt, die in diesem Bereich eingesetzt werden.“

Beratung für Berater

Die „Beratung für Berater“ können sowohl haupt- wie auch ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Anspruch nehmen. Ihre individuelle Anfrage zu Einzelfällen können sie telefonisch oder per E-Mail an das „Projekt Q“ richten. Wie groß der Bedarf ist, zeigt ein Blick in die Statistik: Vom 1. Juli 2013 bis 30. Juni 2014 hatten Volker Maria Hügel und seine beiden Kollegen, Claudius Voigt und Kirsten Eichler, 2.320 Anfragen zu bewältigen. „Und die Nachfrage wird weiter steigen“, prognostiziert der Experte. Um zum einen eine kompetente Flüchtlingsberatung gewährleisten zu können und zum anderen die Berater nicht zu überfordern, sieht Hügel die Arbeitgeber in der Pflicht. Ob in einer Kommunalverwaltung oder in einer Wohlfahrtsorganisation: „Sie müssen dafür sorgen, dass alle und nicht nur einzelne Beraterinnen und Berater qualifiziert werden.“ Eine einmalige Weiterbildung reiche nicht aus, vielmehr sei „ein regelmäßiger Upgrade in der Fortbildung nötig.“

Bundesweites Seminarangebot

Beispielsweise durch die Teilnahme an einem der Seminare, die das „Projekt Q“ bundesweit anbietet. In den Fortbildungsveranstaltungen, die von einem halben bis zu mehreren Tagen dauern, stehen das Zuwanderungsgesetz, das Asylrecht, das Asylverfahrensrecht, Ausländerrecht oder das Thema Flüchtlingskinder im Fokus.

Im Rahmen des nordrhein-westfälischen Landesprogramms „Soziale Beratungen von Flüchtlingen“ bietet „Projekt Q“ für die Seminare unterschiedliche Themen-Module an, die von den Teilnehmenden nach dem jeweiligen Bedarf zusammengestellt werden können. Dabei reicht das Themenspektrum von den Grundlagen der Asylverfahrensberatung über Informationen zum Zugang zum Arbeitsmarkt bis zu Fragen der Flüchtlingsarbeit für Ehrenamtliche.

Besonders wichtig ist es dem Team der Institution in Münster auch, „Ehrenamtliche mit der Hauptamtlichkeit zu verzahnen und somit zu professionalisieren“. Volker Maria Hügel: „Das ehrenamtliche Engagement für Flüchtlinge ist im Vergleich zur Situation während des Balkan-Krieges Anfang der 1990er-Jahre deutlich gestiegen.“ Aus Unkenntnis oder nur unzureichendem Wissen über die rechtlichen Vorgaben könne manches Hilfeanliegen von Ehrenamtlichen beispielsweise bei dem Versuch, eine Abschiebung zu verhindern, zu Konfrontationen mit den zuständigen Behörden führen. „Um diese Polarisierung aufzubrechen, müssen in diesem Bereich unbedingt mehr Mittel für die Aufklärung und die professionelle Beratung von Ehrenamtlichen bereitgestellt werden.“



Projekt

Büro für Qualifizierung der Flüchtlingsberatung

Volker Maria Hügel, Claudius Voigt und Kirsten Eichler (von links) sind viel unterwegs. Ihr Know-how in Sachen Migrations-, Asyl- und Sozialrecht ist bei Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in der Flüchtlingshilfe, in Asylbewerberheimen oder auch Beschäftigten in Jobcentern und Kommunalverwaltungen gefragt.

Foto: GGUA

Arbeitshilfen im Internet

Um auf dem Laufenden über die Gesetzesänderungen im Migrations- und Sozialrecht zu bleiben, bietet „Projekt Q“ neben der individuellen „Beratung für Beratende“ und seinen Fortbildungsveranstaltungen auch zahlreiche schriftliche Materialien und Arbeits-

hilfen an. Darunter auch die für den Gesamtverband des Paritätischen erstellte Broschüre: „Grundlage des Asylverfahrens“. Eine Übersicht zu den Publikationen ist unter www.einwanderung.net zu finden. Arbeitshilfen des Paritätischen stehen zum Download auf www.migration.paritaet.org.

Schutz von Frauen und Kindern in Gemeinschaftsunterkünften

Der Paritätische Gesamtverband hat „Empfehlungen für ein Gewaltschutzkonzept zum Schutz von Frauen und Kindern vor geschlechtsspezifischer Gewalt in Gemeinschaftsunterkünften“ erarbeitet. Er macht damit auf die besondere Situation und die Bedarfe von Frauen und Kindern aufmerksam, die aus ihrer Heimat fliehen mussten. Zudem werden bestehende Lücken beim Schutz der Betroffenen thematisiert. Die wenigsten Einrichtungen verfügen etwa über separate Wohneinheiten für Frauen und Kinder. Rückzugsmöglichkeiten oder Schutzräume gibt es in der Regel nicht. Wenn es zu gewalttätigen oder sexuellen Übergriffen kommt, sind es zumeist die Frauen, die die Einrichtung verlassen und Schutz im Frauenhaus oder anderen Einrichtungen finden müssen. Zum Download gibt es das Konzept auf www.der-paritaetische.de in den Fachinformationen in der Kategorie „Gewalt gegen Frauen“.

Das „Projekt Q“ wird vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Gesundheit und Jugend, dem Paritätischen Gesamtverband und mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert. Bislang hat es jedoch keine Regelfinanzierung. Die telefonische „Beratung für Beratende“ findet dienstags bis donnerstags unter der Rufnummer 0251|44860 statt. Anfragen können auch per E-Mail an projekt@ggua.de gestellt werden. Weitere Informationen gibt es auf der Internetseite www.einwanderung.net.

Haltung vermitteln und sich positionieren

Volker Maria Hügel ist seit 37 Jahren in der Flüchtlingsberatung tätig. Bis heute sieht der Fachmann die im sogenannten Kühn-Memorandum 1979 aufgestellten Forderungen noch nicht ausreichend umgesetzt. Heinz Kühn, erster Leiter des Amtes der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, hatte unter anderem die Anerkennung der faktischen Einwanderung und die volle rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Ausländern in Deutschland gefordert. Für Hügel bleibt es deshalb weiter wichtig, „eine eindeutige Haltung zu vermitteln und sich zu positionieren“.

Corinna Willführ

DAS INTERVIEW

Zehn bis 15 Prozent der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, sind behindert oder chronisch krank. Zusätzlich zu den Einschränkungen, die damit verbunden sind, müssen sie das Trauma von Verfolgung und Flucht bewältigen. Unterstützung finden sie beim Berliner Zentrum für Selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen e. V. (BZSL). Psychologin Eva Gebel-Martinetz und Sozialarbeiter Ulrich Hundt leisten Hilfe zur Selbsthilfe.

Die Menschen unterstützen, ihr Leben in die Hand zu nehmen

Wie gut sind wir in Deutschland auf Flüchtlinge mit einer Behinderung oder chronischen Erkrankung eingestellt?

Eva Gebel-Martinetz: Soweit wir das in Berlin beobachten konnten, sind die Menschen lange Zeit auf sich allein gestellt gewesen. Weder waren die Heime barrierefrei, noch gab es genügend medizinische Hilfe. Um jeden Krankenschein musste man kämpfen. Aber wir können sagen: Die Situation hat sich in den letzten Jahren teilweise gebessert.

Inwiefern?

Eva Gebel-Martinetz: Vielerorts wird mehr auf Barrierefreiheit geachtet, wenn zum Beispiel Erstaufnahmeheime eingerichtet werden.

Ulrich Hundt: Unsere Beratung ist deshalb so gefragt, weil es bei der medizinischen Versorgung immer noch große Lücken gibt. Man muss wissen: Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz haben Flüchtlinge nur Anspruch auf medizinische Behandlung, wenn sie eine akut behandlungsbedürftige Erkrankung oder Schmerzen haben. Da ist vieles behördlichem Ermessen überlassen.

Eva Gebel-Martinetz: Oft führt das zu einer unsinnigen Praxis. Zum Beispiel wird ein Kind an der Wirbelsäule operiert, aber es soll danach keine Physiothe-

rapie bekommen. So werden Behandlungserfolge wieder zunichte gemacht.

Wie können Sie Flüchtlinge unterstützen?

Ulrich Hundt: Mit Ermutigung, praktischen Hilfen und guten Argumenten. Folgt man der gesetzlichen Grundlage, werden die besonderen Bedarfe, die aus einer Behinderung oder chronischen Erkrankung resultieren, eher nicht gedeckt. Also gilt es für uns, in Rücksprache mit den Ärzten darzulegen, welche Beschwerden behandelt werden sollten und wo Hilfsmittel unabdingbar sind.

Eva Gebel-Martinetz: Außerdem versuchen wir uns mit Kliniken über Kostenübernahmen abzustimmen, wenn für die Behandlung keine gültige Überweisung vorlag. Die Flüchtlinge sollen und können ja dafür selbst nicht aufkommen. Deshalb bitten wir das Krankenhaus, mit der zuständigen Behörde zu klären, wie die Leistungen abgerechnet werden können.

Ulrich Hundt: Nach dem Selbsthilfe-Prinzip erklären wir den Betroffenen aber möglichst auch, wie sie ein Problem selbst lösen können. Dafür organisieren wir etwa Sprachmittler, die sie zu Ärzten begleiten.

Können Sie sich an den ersten Flüchtling, den sie beraten haben, noch erinnern?

Eva Gebel-Martinetz: Ja. Bis 2008 wurden wir fast nur von Deutschen aufgesucht, die wir zu vielen Themen beraten, zu Assistenz im Alltag ebenso wie zu beruflichen Fragen oder Partnersuche. Bevor wir ein erstes Projekt für Flüchtlinge starten konnten, hatte sich eine Migrantenorganisation angemeldet, die das Asylverfahren einer jungen Frau mit einer Sehbehinderung betreute. Diese Frau arabischer Herkunft wollte unbedingt die Schule besuchen, auch wenn das ihre Eltern zunächst nicht verstanden haben. Wir überlegten gemeinsam, wie sie das umsetzen kann. Unser Ansatz lautet immer: Die Menschen bestärken, ihr Leben möglichst in die Hand zu nehmen.

Ulrich Hundt: Wo es geht, schauen wir deshalb nicht zuerst auf die Defizite, sondern auf Wünsche und Möglichkeiten. Eine Behinderung soll nicht daran hindern, die persönliche Zukunft zu gestalten.

Als Selbsthilfe-Verein bauen Sie auf den Peer-Counseling-Ansatz. Das bedeutet, bei Ihnen arbeiten nur Menschen, die – wie Sie beide – selbst von einer Behinderung betroffen und fachlich qualifiziert sind. Wie reagieren die Flüchtlinge darauf, die zu Ihnen kommen?

Ulrich Hundt: Für viele ist dieser Umstand ermutigend. Aus ihren Her-

kunftsländern kennen sie es meist so, dass Behinderung die alleinige Angelegenheit der Familie ist. Bei uns lernen sie: Hier gibt es institutionelle Hilfen. Viele Klienten erzählen, sie wurden als Kinder regelrecht versteckt. Insofern könnte man meinen, es gibt länderspezifische Unterschiede gegenüber der Situation in Deutschland. Aber manches ist ähnlich, etwa was Schamgefühle und Gefühle von Hilflosigkeit anbelangt, bei Betroffenen wie Angehörigen.

Ihre Klienten kommen aus vielen Ländern, aus dem Kosovo genauso wie aus Afghanistan oder Nigeria. Wie überwinden Sie die Sprachbarriere?

Ulrich Hundt: Wir haben immer Sprachmittler dabei. Das sind quasi Ehrenamtliche, denen wir ein winziges Honorar bezahlen können.

Viele sind traumatisiert. Wie können Sie diesen Flüchtlingen helfen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten?

Eva Gebel-Martinetz: Wir versuchen, eine beruhigende Gesprächsatmosphäre anzubieten. Wenn sich jemand wünscht, über traumatische Erfahrungen zu sprechen, gehe ich selbstverständlich darauf ein. Aber eine Therapie kann ich derzeit nicht durchführen. Ich versuche weiterzuerweisen. Nur, die zuständigen Einrichtungen sind völlig überlaufen.

Eine schwierige Situation ...

Eva Gebel-Martinetz: Ja, wir erleben Menschen in extrem belasteten Situationen und müssen daher selbst belastbar sein. Und wir brauchen Geduld! Bei einer traumatisierten afrikanischen Frau zum Beispiel hat es drei Jahre gedauert, bis eine schmerzlindernde Operation durchgeführt werden konnte. Eine Beratung reicht meist nicht. Wir müssen beharrlich bleiben und um vieles kämpfen. Etwa bei der Familie mit einem schwerstbehinderten Kleinkind. Es musste speziell ernährt werden, weil es nicht selbstständig essen konnte. Erst kämpften wir um die nötigen Hilfsmittel, dann um die Motivation der Eltern, nicht aufzugeben.

Bekommen Sie die Erfolge Ihrer Arbeit mit?

Ulrich Hundt: Zugegeben, wir müssen viele Rückschläge einstecken. Nicht immer können wir das Erwünschte erreichen. Aber es gibt laufend kleine Erfolge. Hier einen Hilfsmittelantrag durchgebracht, dort an den richtigen Facharzt verwiesen. Und was mich am meisten bestärkt: Viele kommen zu uns, weil die Communities uns empfohlen haben.

Eva Gebel-Martinetz: Häufig helfen wir schon dadurch, dass wir weitere Kontakte vermitteln. Ratsuchende fühlen sich dann oft wieder ermutigt und gestärkt, mit ihrer Situation umzugehen.

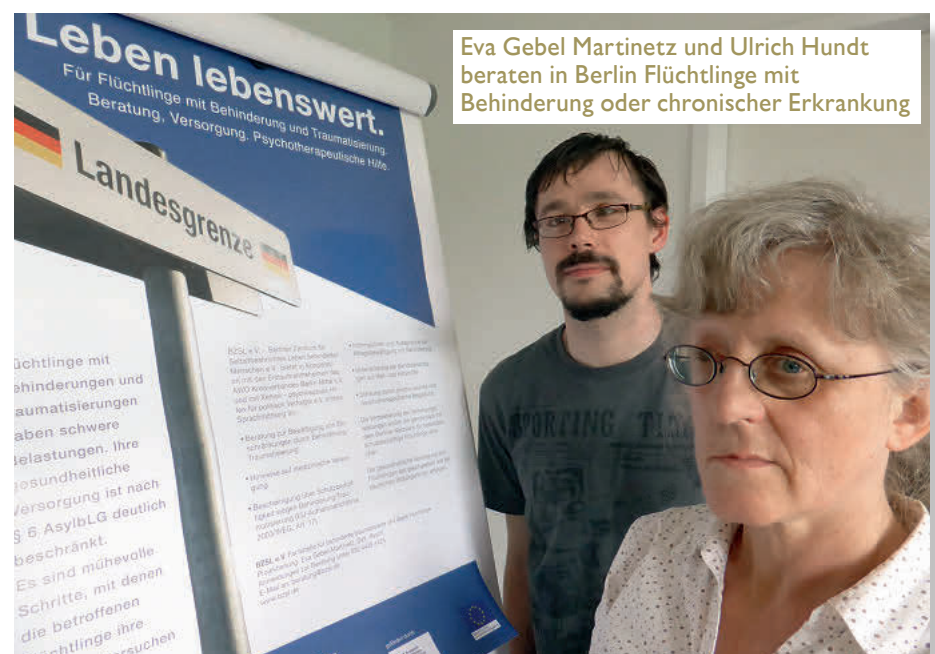
Bis vor einem halben Jahr war Ihre Arbeit für Flüchtlinge durch Projektmittel finanziert. Diese Förderung ist ausgelaufen. Wie schaffen Sie es, nach wie vor Flüchtlinge zu beraten?

Ulrich Hundt: Wir hatten zwei Teilzeitstellen. Die haben schon damals nicht gereicht. Seit Ende 2014 arbeiten wir hauptamtlich nur noch eingeschränkt und teilweise ehrenamtlich. Deshalb müssen wir derzeit leider noch mehr Ratsuchenden absagen. Wir hoffen aber auf eine neue Finanzierungsregelung.

Eva Gebel-Martinetz: Schon 2003 hat die Europäische Union betont: Es gibt besonders schutzwürdige Gruppen, die bereits in Asylverfahren berücksichtigt und versorgt werden müssen. Dazu gehören auch behinderte und chronisch kranke Menschen. Seither ist Deutschland mehrmals von der EU gerügt worden, es kümmere sich nicht ausreichend um sie. Der Bundestag muss jetzt endlich diese EU-Aufnahmerichtlinie in nationales Recht umsetzen. Wenn neue rechtliche Regelungen da sind, so hoffen wir, haben auch Flüchtlinge mit Behinderung einen gesicherten Beratungs- und Versorgungsanspruch – und wir bekommen einen Rahmen, in dem wir besser arbeiten können.

Die Fragen stellte Bernd Schüler

Berliner Zentrum für Selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen e.V.
Beratung und Psychotherapie für behinderte Flüchtlinge und MigrantInnen
Eva Gebel-Martinetz
Ulrich Hundt
Tel.: 030|44054424
Mail: beratung@bzsl.de
www.bzsl.de



Eva Gebel Martinetz und Ulrich Hundt beraten in Berlin Flüchtlinge mit Behinderung oder chronischer Erkrankung



„Der Wackenberg wird immer bunter“

Die PÄDSAK in Saarbrücken sieht die Integration von Flüchtlingen als selbstverständliche Aufgabe der Gemeinwesenarbeit

Der Syrer Adonis A. und Alya H. aus Afghanistan fühlen sich im Domizil der PÄDSAK auf dem Saarbrücker Wackenberg willkommen. Reinhard Schmid (rechts) freut sich besonders, dass die beiden sich dort auch bereits ehrenamtlich engagieren.

Niemand weiß in Syrien, was mit ihm passiert. Mit jedem kann jederzeit alles geschehen. Egal, ob man auf Seiten der Regierung steht oder auf Seiten der Rebellen. Oder auf gar keiner. Von irgendwoher droht immer Gefahr...“, sagt Adonis A. Der Syrer hat Furchtbares durchgemacht: Alleine die Tatsache, dass der Apotheker in seiner Heimatstadt Daraa einem durch Schüsse verletzten Kind erste Hilfe leistete, sollte ihn ins Gefängnis führen, wo schon einige seiner Freunde und Bekannten eingesperrt sind. Wenn sie überhaupt noch leben

und nicht längst umgebracht wurden. Doch kurz bevor der 30-Jährige verhaftet werden soll, gelingt ihm die Flucht. Jordanien, Algerien und Libyen sind die ersten Stationen. Dann schafft Adonis A. es auf eines dieser Flüchtlingsboote: 250 Menschen, eng zusammengepfercht. Der total überladene Kahn sinkt. Adonis muss miterleben, wie ganz in seiner Nähe Menschen ertrinken, er kann ihnen nicht helfen. Er selbst überlebt, findet sich aber – zurück auf libyschem Boden – als illegaler Einwanderer im Gefängnis wieder. Bange Tage in Ungewissheit folgen.

Dann kommt er frei. Allen Gefahren zum Trotz entschließt er sich, erneut den Weg übers Meer zu wagen. Diesmal hat er mehr Glück. Zusammen mit anderen Flüchtlingen wird der Syrer von der italienischen Marine aufgenommen. Etliche Tage müssen sie bei sengender Sonne ohne Schutz auf dem Deck des Marineschiffs ausharren – mit einem Minimum an Nahrung und Wasser. Aber sie können in Italien an Land gehen. Von dort aus schafft Adonis es über Frankreich bis ins Saarland, wo er zunächst in der Lebacher Gemeinschaftsunterkunft Zuflucht findet.

Neun Monate ist das jetzt her. Aber die Strapazen der Flucht und all das Schreckliche, das Adonis erleben mussten, haben bis heute tiefe Spuren hinterlassen. Spuren, die sich nur ansatzweise erahnen lassen, wenn er sein Schicksal schildert – so sorgsam er seine Worte auch wählt. Der Syrer hat all die Stationen seiner 45 Tage dauernden Flucht aufgezeichnet. Zusammen mit Informationen über die politische Situation in seinem Heimatland und den wichtigsten historischen Fakten ergeben sie einen spannenden Vortrag, den er neulich Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Pädagogisch-Sozialen Aktionsgemeinschaft e.V. (PÄDSAK) in Saarbrücken präsentiert hat.

Wichtige Anlaufstelle

Die PÄDSAK ist für Adonis seit ein paar Wochen zu einer wichtigen Anlaufstelle geworden. Seit er im April auf dem Wackenberg ein neues Zuhause gefunden hat. Eine kleine Ein-Zimmer-Wohnung in einem Mehrfamilienhaus. Jetzt hofft er, bald arbeiten gehen zu können. „Der Neuanfang in Deutschland ist für mich natürlich voller Probleme, sagt der 30-Jährige. „Aber die PÄDSAK ist wunderbar, die helfen mir bei allem Möglichen.“ Wo bezahle ich den Strom? Was muss ich tun, damit mein Berufsabschluss anerkannt wird? Wie fülle ich all die Formulare richtig aus? Und, und, und... Kaum ist eine Frage beantwortet, taucht garantiert eine neue auf. „Wir fühlen uns für die Flüchtlinge, die Neu-Wackenberger, genauso verantwortlich wie für die, die schon immer hier wohnen“, sagt PÄDSAK-Mitarbeiter Reinhard Schmid. Im Januar erfuhren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des selbstverwalteten Vereins von den Plänen der Stadt und der städtischen Siedlungsgesellschaft, auf dem Wackenberg eine größere Zahl von Flüchtlingen unterzubringen. Der Wackenberg gehört zu den Stadtteilen mit einem hohen Anteil an Sozialwohnungen und einer gut funktionierenden Gemeinwesenarbeit.

Die Flüchtlinge kommen größtenteils in Wohnungen unter, die länger leerstanden, weil das Geld für die eigentlich notwendige grundlegende Sanie-

rung fehlte. Nun hat die Siedlungsgesellschaft vom Land die nötigen Mittel erhalten, um die Wohnungen so herzurichten dass sie wieder nutzbar sind. In einigen der größeren Wohnungen leben in Wohngemeinschaften mehrere junge Männer, in anderen sind Familien untergekommen, in den kleineren Wohnungen einzelne Flüchtlinge. Zwischen April und Juni zogen die ersten 18 Neuankömmlinge auf den Wackenberg, 62 sollen es insgesamt werden: Die meisten sind Flüchtlinge aus Syrien und Afghanistan. „Es ist die Politik der Stadt, die Flüchtlinge möglichst in ganz normalen Wohnungen unterzubringen, um die Integration zu erleichtern“, sagt Reinhard Schmid. „Aber es gibt hier auf dem Wackenberg auch ein Haus mit 30 Wohnungen, in denen viele Obdachlose und Menschen aus Rumänien und anderen osteuropäischen Staaten untergebracht sind, die anders als die Syrer und Afghanen nahezu keine Chancen haben, in Deutschland bleiben zu dürfen.“

Mit Information Vorbehalte ausgeräumt

Anfang des Jahres, als erste Nachrichten vom Zuzug der Flüchtlinge in den Stadtteil die Runde machten, hörten Reinhard Schmid und seine Kollegen und Kolleginnen von der PÄDSAK hier und da von Vorbehalten bei den Wackenbergern. „Wir haben dann schnell eine Informationsveranstaltung organisiert, um auf all die Fragen und Sorgen einzugehen, die da aufkamen“, erzählt Reinhard Schmid. „Hier wohnen ja viele Menschen, die mit einem geringen Einkommen über die Runden kommen müssen. Da kann sich leicht eine Neiddebatte entwickeln. Aber es gibt auf dem Wackenberg keinen Rassismus. Ganz im Gegenteil: Viele Leute

sind bereit, sich ehrenamtlich für die Flüchtlinge zu engagieren.“

Interkulturelles Miteinander

Einer der Orte, an dem sich diese Bereitschaft entfalten kann, ist der neu gegründete Stadteilladen, für den die Siedlungsgesellschaft kostenlos einen Raum zur Verfügung gestellt hat. Dorthin bringen Saarbrückerinnen und Saarbrücker gebrauchte Kleidung, Haushaltsartikel, Spielzeug, Möbel und vieles mehr, das sie selbst nicht mehr benötigen, das für andere aber noch nützlich ist – für Flüchtlinge wie für Einheimische. „Die Spendenbereitschaft ist sehr hoch“, freut sich Reinhard Schmid. Und auch die Bereitschaft, im Laden mitzuhelfen oder ehrenamtlich Deutschunterricht für die Flüchtlinge zu geben, solange diese noch nicht zu den Integrationskursen zugelassen sind.

Offener Treff

Der Laden entwickelt sich zusehends zu einem Ort des interkulturellen Miteinanders. Ebenso wie der vor einigen Wochen eingerichtete „Offene Treff“ am frühen Donnerstagabend im PÄDSAK-Domizil an der Rubensstraße. Demnächst wird Adonis A. dort noch einmal für interessierte Wackenberger und Zugezogene seinen Vortrag halten. „Wir wissen ja nur wenig vom Schicksal der Menschen, die jetzt hierher kommen“, sagt Reinhard Schmid. Zu erfahren, dass hinter dem abstrakten Begriff „Flüchtling“ ein konkreter Mensch stehe, der triftige Gründe hatte, seine Heimat zu verlassen, schaffe bei vielen Menschen die Motivation, auf die Asylsuchenden zuzugehen und sie bei der Integration zu unterstützen.

>>

Anzeige

Seniorenrecht & barrierefrei. Reiseziel Naturpark Spessart Hallenbad 30° -Lift- Sauna-Kegelbahn-Wellness-Panoramalage



Urlaub in Franken. Staatl. anerkl. Erholungsort. 90 km Wanderw., Alle Zi. Du/WC/TV/Safe/Fön/W-Lan, Lift. HP 41 €, inkl. Kurtaxe, Freipl., **Livemusik**, Reisel., Grillbuffet. Beste Ausflugsmöglichkeiten. Rollstuhlföhrd. Zi., **Tel. 09355-7443, Fax -7300. Prospekt anf.**

Landhotel Spessartruh, Wiesenerstr.129, 97833 Frammersbach, www.spessartruh.de

Auch Alya H., die mit ihrem Sohn und ihren drei Töchtern im Stadtteil St. Arnual lebt, und regelmäßig den Stadteiltreff auf dem Wackenberg besucht, hat Schlimmes durchgemacht, bevor sie über Tadschikistan und Kasachstan nach Deutschland kam. Ihr Mann wurde 2010 entführt. Ob er überhaupt noch lebt, weiß sie nicht. Eine schreckliche Ungewissheit. Als man versuchte, auch ihren Sohn zu entführen, entschloss sich die 45-jährige Lehrerin, mit ihm und den drei Töchtern zu fliehen. 14, 16 und 18 Jahre alt sind die Mädchen jetzt. Der Sohn ist 20. Sie gehen aufs Gymnasium und in die Gemeinschaftsschule und haben sich in Deutschland gut eingelebt. Nur Aylas Sohn hat als einziges Familienmitglied noch immer einen ungesicherten Aufenthaltsstatus. „Ich habe immer Angst, dass er doch noch abgeschoben wird“, sagt seine Mutter. Gerne würde sie hier in Deutschland wieder als Leh-

rin arbeiten, doch das scheint vorerst noch ein Traum zu bleiben. Aber sie hat einen Weg gefunden, sich ehrenamtlich zu engagieren. Wann immer die PÄDSAK jemanden zum Dolmetschen braucht, versucht sie da zu sein. Und auch beim Übersetzen des neuen PÄDSAK-Flyers für Flüchtlinge in Arabisch und Urdu hat sie geholfen.

Solidarität statt Ausgrenzung

„Dass wir uns im größeren Stil für Flüchtlinge engagieren, ist für uns absolutes Neuland“, sagt Reinhard Schmid. „Aber es ist eine spannende, bereichernde Aufgabe. Der Wackenberg wird immer bunter.“ Und so ist es für den Träger der Gemeinwesenarbeit selbstverständlich, seine vielfältigen Angebote auch für die Flüchtlinge zu öffnen: den Frauentreff und die Sozialberatung ebenso wie die Frühe Förderung für Familien mit kleinen Kindern und die Bildungs- und Freizeitmöglichkeiten.

„Bei unserem Start vor 40 Jahren hatten wir das Ziel, die ärmeren Neu-Bürger zu integrieren, die seinerzeit aus den aufgelösten Obdachlosenunterkünften der Stadt hier auf dem Wackenberg angesiedelt wurden. Und so wie uns dies gelungen ist, werden wir auch die Flüchtlinge integrieren“, zeigt sich Schmid zuversichtlich. „Als Gemeinwesenarbeiter engagieren wir uns für eine solidarische Gesellschaft, die Vielfalt anerkennt und nicht ausgrenzt und die Menschen dabei unterstützt, dies in ihrem unmittelbaren Umfeld auch leben zu können.“

Ulrike Bauer

Pädagogisch-Soziale
Aktionsgemeinschaft e. V. – PÄDSAK
Gemeinwesenarbeit auf dem
Saarbrücker Wackenberg
Tel.: 0681|8590910
E-Mail: paedsak@quarternet.de
www.paedsak.de

Arbeit als Teil der Integration

Das „NIFA – Netzwerk zur Integration von Flüchtlingen in Arbeit“ unterstützt Asylsuchende und Bleibeberechtigte bei ihrer Suche nach Ausbildung oder Arbeit. Noch ist das Netzwerk auf wenige Städte Baden-Württembergs begrenzt. Nun setzt es sich landesweit für die Bildung lokaler Netzwerke ein.

Flüchtlingen Arbeit oder Ausbildung zu vermitteln, ist keine leichte Angelegenheit. Viele sind zwar beruflich qualifiziert, können aber kaum Deutsch, und Schul- und Arbeitszeugnisse oder andere Qualifikationsnachweise liegen häufig unerreichbar im Herkunftsland. Andere wiederum können kaum schreiben und lesen. Und bei vielen hat das, was sie zur Flucht trieb, sowie Erlebnisse auf ihrer Flucht seelische Wunden hinterlassen. Zudem sind auch die Lebensumstände in Deutschland belastend: Der Aufenthaltsstatus der Flüchtlinge ist teils lange unsicher und häufig fühlen sie sich in ihrer Unterkunft inmitten der Massen einsam. Arbeits-

vermittler sprechen da von „mehrfachen Vermittlungshemmnissen“.

Hohe Arbeitsmotivation

Die meisten Flüchtlinge wollen aber arbeiten: Sie wollen in ihrem neuen Leben in Deutschland Fuß fassen und dazu gehört für sie eine Erwerbstätigkeit, die sie ernährt, Sinn stiftet, aber auch von seelischen Belastungen ablenkt. Zugleich hat der teils drohende, teils bestehende Fachkräftemangel bei Arbeitgebern zu einem Umdenken geführt, beobachtet Kirsi-Marie Welt von der Werkstatt PARITÄT: „Viele sehen nun die hohe Arbeitsmotivation von Flüchtlingen und sind bereit, sprachliche und rechtliche Hürden zu neh-

men.“ Unter Leitung und Koordination der Werkstatt PARITÄT arbeitet das NIFA seit Jahren daran, Arbeitgeber und Flüchtlinge zusammenzubringen – mit immer größerem Erfolg.

Neue Projekttrunde

Begonnen hatte alles 2008 mit einem ersten Projekt zur Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung von Flüchtlingen im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF). Inzwischen ist bereits die zweite mehrfach verlängerte Projekttrunde abgeschlossen. In der unterstützte das NIFA über 1.500 Flüchtlinge, darunter auch Jugendliche, bei ihrer beruflichen Integration: bei einem guten

Drittel erfolgreich. Die Geldgeber waren mit der Quote zufrieden. Sie bewilligten eine dritte Projektrunde, diesmal sogar für vier Jahre.

Höhere Vermittlungsquote

Bis 2019 läuft nun also das ESF-Förderprogramm „Integration von Asylbewerber/innen und Flüchtlingen“. „In dieser Zeit wollen wir unsere Vermittlungsquote auf über 40 Prozent anheben“, nennt Kirsi-Marie Welt die Zielvorgabe. Erreicht werden soll das durch eine noch bessere Zusammenarbeit aller Akteurinnen und Akteure am Arbeitsmarkt Baden-Württembergs. Eine ganze Reihe von ihnen haben bereits ihre Kooperation zugesagt, darunter Landkreistag, Integrations- und

Sozialministerium, Handwerkskammer, Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitgeberverband und DGB – jeweils von Baden-Württemberg –, die Netzwerke „Integration durch Qualifikation“ sowie die IHK Stuttgart.

Passgenaue Angebote

Soweit auf Länderebene möglich sollen die Rahmenbedingungen verbessert werden und die Angebote sowohl auf die Bedürfnisse der Flüchtlinge als auch die des Arbeitsmarktes besser abgestimmt werden. Aus diesen passgenaueren und arbeitsmarktorientierten Angeboten sollen schließlich Best-Practice-Konzepte und landesweite Qualitätsstandards entwickelt werden. Durch Beratung, Schulung und Begleitung soll zudem der

Aufbau weiterer lokaler und regionaler Netzwerke unterstützt werden. Außerdem sollen Stellenbörsen etabliert werden, über die Arbeitgeber ihre Jobs sowie Flüchtlinge ihre Tätigkeiten einander gezielt anbieten können.

Gisela Haberer

Weitere Informationen gibt es im Beitrag unten auf dieser Seite und auf der nächsten Seite.

Werkstatt PARITÄT gemeinnützige GmbH
 Frau Kirsi-Marie Welt
 Tel.: 0711|2155-419
 E-Mail: welt@werkstatt-paritaet-bw.de
 www.werkstatt-paritaet-bw.de
 www.bleibinbw.de

Wissenstransfer und Vernetzung

Dürfen Flüchtlinge arbeiten und falls ja, wie kommen sie an Arbeit? Zu diesen Fragen hält „NIFA – Netzwerk zur Integration von Flüchtlingen in Arbeit“ Schulungen für Arbeitsvermittlerinnen und -vermittler.

Wer ist für Flüchtlinge auf Arbeitssuche zuständig? Sind es die Agenturen für Arbeit oder die Job-Center? Hier beginnt schon die Verwirrung – selbst für Angestellte dieser Behörden.

Flüchtlinge mit einem ungesicherten Aufenthaltsstatus, etwa einer Duldung oder Aufenthaltsgestattung, erhalten vom Sozialamt Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und damit nach Sozialgesetzbuch (SGB) III. Ihnen hilft die Agentur für Arbeit bei der Jobsuche.

Erhalten Flüchtlinge dagegen Grundversicherung für Arbeitssuchende nach SGB II, ist ihre Vermittlung in Arbeit Sache der Jobcenter. Die NIFA-Schulung vermittelt daher Grundlagen zum Aufenthalts- und Asylrecht wie zum Ablauf des Arbeitserlaubnisverfahrens. Denn ein solches müssen Arbeitssuchende aus Staaten außerhalb der EU durchlaufen. Informationen zu den Förderinstrumenten der

Sozialgesetzbücher sowie zu Sprachkursen runden die Schulung ab.

Gesetze und Verordnungen des deutschen Staates sind häufig so kompliziert, dass es für deren Umsetzung besonderer Kenntnisse bedarf. Doch in diesem Fall erfolgt die Schulung nicht durch staatliche Stellen, sondern durch externe Experten – für deren Finanzierung wiederum der Staat sorgt. In diesem Fall das Bundesarbeitsministerium, das die Finanzierung der Lehrgänge aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) ermöglicht.

Besondere Kompetenzen

Der Grund, warum das Ministerium in dieser Sache auch auf externe Kräfte setzt, ist, dass in diesen Schulungen auch Kompetenz und Kenntnisse im Umgang mit Flüchtlingen und Kooperationspartnern vor Ort vermittelt werden sollen. Darum übernahm das Bundesarbeitsministerium ein Schulungskonzept des Augsburger Netz-

werkes „Tür an Tür“, verordnete es als bundesweite Vorlage und lässt lokale Träger des ESF-Bundesprogramms danach Schulungen halten: In Baden-Württemberg unter anderem vom NIFA, das die Werkstatt PARITÄT koordiniert. Auch die Erfahrungen des NIFA zeigen, dass Flüchtlinge nur dann eine Arbeitsstelle finden und behalten, wenn alle kommunalen, privaten und ehrenamtlichen Akteure vor Ort zusammenarbeiten. Daher will das Netzwerk über die Schulungen auch zur Bildung weiterer lokaler Netzwerke anregen, in städtischen wie ländlichen Räumen. Vergangenes Jahr wurden Teamleiter und Migrationsbeauftragte von Arbeitsagenturen und Jobcentern bereits landesweit geschult. In diesem Jahr sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in und um die Städte Stuttgart, Tübingen und Pforzheim an der Reihe. So entstehen über die Schulungen zugleich Kontakte zwischen NIFA und den Behörden vor Ort. GH



Beruflicher Neustart in einem fremden Land

Ende 2014 wurde der Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge erleichtert. Einer der ersten, der von den neuen Regelungen profitierte, war Amin K. Doch sein Beispiel zeigt, dass es noch immer alles andere als leicht ist, Arbeit zu finden, und Flüchtlinge dabei Unterstützung brauchen. Die erhielt der Nordafrikaner von der Stuttgarter Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt.

Amin K. ist hoch qualifiziert. In seinem Heimatland hat er studiert und im oberen Management gearbeitet. Doch hier in Deutschland nutzt ihm das wenig. Wie die meisten Flüchtlinge musste auch er rasch fliehen. Da blieb keine Zeit, Qualifikationsnachweise rauszusuchen und ordentlich „im Handgepäck“ zu verstauen. „Außerdem haben Ausbildungen und Studiengänge je nach Land andere Inhalte“, sagt Karl-Heinz Lubotzki von der Stuttgarter Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt (AGDW), der Flüchtlinge wie Amin K. auf ihrer Suche nach Arbeit unterstützt. Die Anerkennung ihrer Qualifikationen sei für Flüchtlinge in Deutschland wie für alle Ausländer aus Nicht-EU-Staaten grundsätzlich schwierig – selbst mit Nachweisen.

Bei Flüchtlingen gilt zudem: In ihren ersten 15 Monaten in Deutschland erhalten sie nach einer Wartezeit von drei Monaten nur dann uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt, wenn ihre Qualifikation einem „Engpassberuf“ entspricht, dem deutschen Arbeitsmarkt also gelegen kommt. Amin K. sprach bei seiner Ankunft kein Wort Deutsch. Also kaufte er so rasch wie möglich Lehrbücher, teils mit

CD. „Ich habe viel gelesen und versucht, mir die Sprache selbst zu erschließen“, erinnert er sich. Außerdem fand der Flüchtling mit seiner gewinnenden Art rasch Anschluss. So übt er sich täglich in seiner mittlerweile vierten Fremdsprache. So rasch wie den Spracherwerb nahm er auch die Jobsuche auf: „Ohne Einkommen kann man gar nichts tun, also habe ich Arbeit gesucht – egal wo.“

Erst einmal Hausmeister

Doch nach der damaligen Regelung war ihm Erwerbstätigkeit noch für die ersten neun Monate verboten. Die AGDW löst dieses Dilemma für Flüchtlinge in ihren Wohnheimen, indem sie sie in Tätigkeiten einbindet, die im Haus anfallen. „Im Rahmen gemeinnütziger Tätigkeit ist dies sogar gegen eine geringe Entlohnung möglich“, erklärt Betreuer Karl-Heinz Lubotzki. Amin K. übernahm gleich Hausmeistertätigkeiten wie kleine Reparaturen. Der Mittdreißiger ist handwerklich geschickt. Schließlich hat er einst sein Studium durch Arbeit in einer Autowerkstatt finanziert und dafür zuvor Kfz-Mechaniker gelernt. Dieses Können hilft ihm weiter: Handwerkliche Fähigkeiten lassen sich leichter vorfüh-

ren als Qualifikationen im Management. So suchte er nach Möglichkeiten, seine Fähigkeiten unter Beweis zu stellen, sobald die deutschen Gesetze ihn ließen. Zunächst ohne Erfolg. Obwohl er mit Hilfe der AGDW eine vorbildliche Bewerbungsmappe anfertigte, darin sogar der Nachweis einer in Deutschland erworbenen Qualifikation. Denn vermittelt durch AGDW und das Netzwerk NIFA erwarb Amin K. inzwischen den Gabelstaplerführerschein. Die AGDW riet ihm, sich an eine Zeitarbeitsfirma zu wenden. „Vielen Flüchtlingen eröffnet Zeitarbeit einen Einstieg in den Arbeitsmarkt“, sagt AGDW-Betreuer Lubotzki. Und Amin ergänzt: „Ich habe immer angeboten, einen Tag zur Probe zu arbeiten, damit Arbeitgeber sehen, was ich kann.“ Tatsächlich fand er so Arbeit in einer Firma für Kältetechnik – doch die traf nicht das Herz des gelernten Auto-mechanikers. Also suchte er weiter und erhielt eine zweite Chance: bei einem Autozulieferer. So viel er selbst für seinen beruflichen Erfolg auch getan hat, wichtig ist ihm, die große Unterstützung durch die AGDW zu betonen: „Ich kann gar nicht fassen, wie viel diese Leute für mich getan haben. Ich werde ihnen immer dankbar sein.“ Gisela Haberer

AGDW – ein Partner mit besten Verbindungen

Die Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt in Stuttgart bietet vielerlei Migrationsdienste und Flüchtlingsberatung an. Sie ist eine von 14 Partnerorganisationen im „NIFA – Netzwerk zur Integration von Flüchtlingen in Arbeit“ und dessen Vorgängerprojekten. Die AGDW hat innerhalb des Netzwerks die Beratung jugendlicher und junger erwachsener Flüchtlinge mit Zugangsberechtigung zum Arbeitsmarkt übernommen. Zu den Arbeitsbereichen der AGDW gehören unter anderem auch die Leitung von Gemeinschaftsunterkünften sowie der Sozialdienst in diesen Unterkünften. So haben einzelne Flüchtlinge bereits vor

Erteilung ihrer Arbeitserlaubnis Kontakte zur AGDW.

Die AGDW berät Flüchtlinge zu ihren Möglichkeiten auf dem deutschen Arbeitsmarkt, unterstützt sie bei Bedarf bei ihrer Berufswahl, begleitet sie bei Behördengängen, etwa zur Arbeitsagentur, hilft beim Erstellen von Bewerbungsunterlagen und der Suche nach Ausbildungs- oder Arbeitsplätzen. Jeder Flüchtling hat einen persönlichen Betreuer oder eine Betreuerin. Zudem werden Flüchtlinge von der AGDW grundsätzlich über längere Zeit kontinuierlich und individuell betreut. Dank dieser engen persönlichen Begleitung liegt die Vermittlungsquote unter den von der AGDW be-

treuten Flüchtlingen mit über 40 Prozent bereits heute da, wo das Ziel des gesamten NIFA-Projektes für die nächsten Jahre ist. Doch es ist auch die Einbindung ins Netzwerk NIFA, die es der AGDW erleichtert, Kontakte zu Arbeitgebern und Ausbildungsbetrieben zu knüpfen und bei Bedarf Sprachkurse, Angebote zur beruflichen Orientierung oder andere Qualifizierungsmaßnahmen zu vermitteln.

GH

AGDW e. V.
Kathrin Grünwald
Tel.: 0711|51892695
E-Mail: info@agdw.de oder kathrin.gruenwald@agdw.de
www.agdw.de
www.bleibinbw.de

Harter Kampf ums Bleiberecht für Roma

Nein, sagt der Verein Rom e. V., Serbien, Bosnien-Herzegovina und Mazedonien sind keine sicheren Herkunftsländer, wenn man Roma ist. Die Kölner Organisation möchte ihre Klientel daher als Flüchtlinge anerkannt sehen und kämpft für ein Bleiberecht – was angesichts der Gesetzeslage äußerst schwierig ist.

Neulich war die First Lady der Bundesrepublik zu Gast. Daniela Schadt, die Lebensgefährtin von Bundespräsident Joachim Gauck, informierte sich über die Arbeit von Rom e. V., über dessen Beratungstätigkeit, über Bildungsarbeit und kulturelles Engagement. Sie schaute sich im Dokumentationszentrum zu Geschichte und Kultur der Roma um und besichtigte „Amaro Kher“ („Unser Haus“), in dem 22 Kinder von Roma-Neubürgern und -Flüchtlingen eine Kita besuchen und weitere 25 Jungen und Mädchen Schulunterricht bekommen – zur Vorberei-

ung auf die allgemeinbildende Schule. Ein Besuch wie der von Daniela Schadt ist für Rom e. V. eine willkommene Gelegenheit, erneut auf die Situation der Roma aufmerksam zu machen. Mehrere Tausend von ihnen leben in Köln, „oft unterhalb der Armutsgrenze und unter erbärmlichen Wohnbedingungen“, so der Verein. Das gilt vor allem für jene Roma, die als Flüchtlinge hergekommen sind.

Vereinsgeschäftsführerin Ingrid Welke beschäftigt sich gerade mit der Situation in einem großen Flüchtlingsheim im Stadtteil Neu-Ehrenfeld, nur ein

paar Straßen vom Domizil des Vereins entfernt. Dort leben Roma, für die Köln erst einmal Ankunftsort ist und die anschließend von der Bezirksregierung einer Kommune zugewiesen werden. Das kann dauern. Solange dürfen zum Beispiel die Kinder nicht in eine Schule gehen. Die Ungewissheit und das Warten führten häufig „zu Spannungen in den Familien“, so die Geschäftsführerin. Deshalb würde Ingrid Welke die Roma-Kinder am liebsten sofort zu „Amaro Kher“ holen, egal, ob deren Familien später tatsächlich in Köln bleiben oder woanders hin- >>



„Amaro Kher“ heißt „Unser Haus“. Hier werden Roma-Kinder auf den Übergang in die Regelschule vorbereitet.
Foto: Rom e. V.

geschickt werden. „Jeder Tag, an dem sie lernen, ist ein gewonnener Tag“, sagt sie. Schließlich hätten Kinder von Flüchtlingen ein Recht auf einen Schulplatz, und das müsse Vorrang vor dem Verwaltungsprozedere zur endgültigen Verteilung der Flüchtlinge haben. Der vielfach ausgezeichnete Verein unternimmt eine Menge, um den Roma in Köln zu ihrem Recht zu verhelfen und der immer noch als „Zigeuner“ stigmatisierten Minderheit bei der Integration zur Seite zu stehen. Im Fall der Flüchtlinge wird das zunehmend schwerer. Viele der Roma stammen aus Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien. Seit diese Staaten in Deutschland als „sicheres Herkunftsland“ eingestuft sind, „hat die Zahl der Abschiebungen zugenommen“, betont Ingrid Welke. Nach Überzeugung des Vereins ließe sich für Roma aus diesen Ländern aber sehr wohl der Flüchtlingsstatus rechtfertigen. Denn in der Heimat würden ihnen die Grundrechte, also das Recht auf Bildung, Wohnung, Arbeit und Gesundheit nur eingeschränkt zuteil oder ganz verwehrt. Ingrid Welke spricht gar von „ethnischer Verfolgung“.

Deswegen setzt der Verein alles daran, ein Bleiberecht aus humanitären Gründen zu erwirken. Ein Prozess, der sich bei den meisten Betroffenen von einer Duldung zur nächsten zieht und dessen Ausgang ungewiss ist. „Eine Duldung wird um drei Monate verlängert, maximal um sechs Monate. Aber das ist auch kein Schutz vor Abschiebung“, erklärt Hasiba Dzemajli von der Sozialberatung des Vereins und fügt gleich hinzu: „Wir machen keine Rechtsberatung, arbeiten jedoch eng mit zahlreichen Rechtsanwälten zusammen.“

300 Bleiberechtsverfahren

Als einzige Vollzeitkraft kümmert sie sich um nahezu die Hälfte der 300 Bleiberechtsverfahren, die Rom e.V. aktuell betreut. Hasiba Dzemajli stammt aus einer Roma-Familie aus dem Kosovo, die wegen unsicherem Aufenthaltsstatus zehn Jahre auf gepackten Koffern gesessen hat. Immer wieder betont sie, dass Angehörige ihrer Ethnie dort und in den Nachbarstaaten weiterhin diskriminiert und bei den Lebensgrundlagen benachteiligt würden. „Wer läuft schon aus guten Verhältnissen weg? Wer verlässt gerne seine Heimat?“, fragt Hasiba

Dzemajli. Mit dieser Einschätzung steht sie nicht alleine da: Berichte von Nichtregierungsorganisationen wie der Initiative des Roma Centers Göttingen e.V. „Alle bleiben“ über die Situation in diesen Ländern bestätigten die von Rom e.V. genannten Fluchtgründe.

Kooperation mit Kirchenasyl

„Früher konnten wir schon mal im direkten Gespräch mit den Behörden eine Perspektive für Flüchtlinge erarbeiten“, sagt Ingrid Welke. Das sei kaum noch möglich, sobald ein Staat als „sicheres Herkunftsland“ klassifiziert ist. „Heute sind viel mehr Gutachten nötig. Es geht kaum noch etwas ohne Rechtsanwalt“, sagt die Geschäftsführerin von Rom e.V. Der Verein lässt nichts unversucht, um alle rechtlichen Mittel auszuschöpfen. Bei Härtefällen ruft er den Petitionsausschuss des Landtags an. Rom e.V. arbeitet auch mit Kirchenasyl und ähnlichen Initiativen zusammen, um zu ermöglichen, dass die Flüchtlinge in Köln bleiben können. „Aber man kann hier nicht sehr lange illegal leben“, weiß Ingrid Welke.

Um die Hilfesuchenden zu unterstützen, greift Rom e.V. auch schon mal zu

ungewöhnlichen Mitteln. Hasiba Dzemaļļi erzählt von einigen Familien, die von einem Tag zum anderen ohne Obdach auf der Straße standen: „Darunter war eine Familie mit acht Kindern, die dann in Warteräumen von Krankenhäusern übernachten mussten.“ Hasiba Dzemaļļi und einige Mitstreiter, unter anderem von der Initiative „Kein Mensch ist illegal“, marschierten ins Amt für Wohnungswesen und verließen es erst wieder, als eine Bleibe für die Familien gefunden war. „Wir haben nur auf dem Recht der Flüchtlinge auf Unterkunft bestanden“, so Hasiba Dzemaļļi. „Action“ sei da erst einmal eine schnellere und sinnvollere Maßnahme gewesen als eine Klage.

Schlechte Lebensbedingungen und eine drohende Abschiebung veranlassen Roma-Familien häufig, vermeintlich „freiwillig“ auszureisen. So wahrten sie immerhin die Chance, wiederkommen zu können, so Hasiba Dzemaļļi. „Bei einer Abschiebung ist es damit vorbei.“ Es gibt auch zurückliegende Fälle, in denen Familien ein Aufenthalt gewährt wurde, weil ihre Kinder bei Rom e. V. zur Schule gehen. Das könne gelingen, „wenn außergewöhnliche Erfolge zu sehen sind und eine Unterbrechung des Unterrichts durch die Abschiebung fatale Folgen hätte“, so die Sozialberaterin. Die Stadt Köln sei ja durchaus kooperativ, „aber es wird immer schwieriger“.

Von der jüngsten Neuregelung des Bleiberechts verspricht sich Hasiba Dzemaļļi für ihre Klientel nicht viel. Dabei gehe es zum Beispiel um berufliche Qualifikationen, die das Verfahren begünstigten: „Aber die meisten unserer Klienten haben sie nicht“, sagt sie. Doch sie seien jung und brächten den Willen mit, zu arbeiten und sich hier ein neues Leben aufzubauen.

Bernd Kleiner

Rom e. V., Köln
 Gemeinnütziger Verein für die
 Verständigung von Rom (Roma & Sinti)
 und Nicht-Rom
 Ingrid Welke, Geschäftsführerin
 Tel.: 0221|2786075
 E-Mail: ingrid.welke@romev.de
www.romev.de

Unentbehrliche Informationsquelle

Wer in der Flüchtlings- und Migrationsarbeit aktiv ist, muss vor allem in Rechtsfragen auf dem Laufenden bleiben. Gesetze ändern sich und Gerichte entscheiden mal so, mal so. Eine wichtige Infoquelle ist der Informationsverbund Asyl und Migration e. V. Auf seiner Webseite www.asyl.net veröffentlicht er aktuelle Urteile, Länderinformationen, Arbeitshilfen für die Beratung und mehr.

Gerade häufen sich die Urteile zum Dublin-Verfahren. Dublin? Ja, auch dazu gibt es einen Infoflyer auf www.asyl.net. Darin steht, dass das erste EU-Land, das Flüchtlingen Fingerabdrücke abnimmt oder für das sie ein Visum hatten, für das Asylverfahren zuständig ist. Und dass Deutschland ihnen wahrscheinlich einen gelben Brief schicken und sie zur Ausreise auffordern werde. Jährlich beendet die Bundesrepublik mehrere Zehntausend Asylverfahren, weil sie sich nicht für zuständig erklärt, schätzt Michael Kalkmann, Geschäftsführer des Informationsverbundes Asyl und Migration. Entsprechend viel zu tun haben Rechtsanwälte und Beratungsstellen. Vor allem: Sie müssen schnell reagieren. Sobald der gelbe Brief einge-

troffen ist, bleibt den Empfängern eine Woche Zeit, gegen die Ausreiseaufforderung zu klagen. Spätestens dann lohnt sich der Blick in die Rechtsprechungsdatenbank auf www.asyl.net. „Es kann sehr wichtig sein, zu wissen, wie gerade der Trend in der Rechtsprechung ist“, sagt Michael Kalkmann. Oder wie einzelne Gerichte entscheiden. Während nach Griechenland nicht abgeschoben wird, weil dort das Asylverfahren und die Unterbringung grundlegende Mängel aufweisen, unterscheiden sich bei anderen Ländern die Urteile. Da lehnt zum Beispiel ein Gericht eine Abschiebung nach Italien ab, weil es dort Menschenrechtsverletzungen fürchtet, während ein anderes die Abschiebung völlig in Ordnung findet. Ähnlich sieht es bei Ungarn,

Bulgarien oder Malta aus. Es hilft, die Argumente zu kennen und sich gegebenenfalls darauf zu beziehen.

Die Rechtsprechungsdatenbank macht viel Arbeit

Von Asylrecht und Flüchtlingsschutz über Sozialrecht und Arbeitserlaubnis für Migranten bis zu Einbürgerung – in die Rechtsprechungsdatenbank steckt das vierköpfige Team des Informationsverbundes den größten Teil seiner Arbeitszeit. Die Rechtsprechungsdatenbank speist sich zu >>



einem Drittel aus Gerichtsurteilen, die Rechtsanwältinnen schicken. Den Rest aber recherchiert das Team selbst in Datenbanken von Gerichten. Eine Kollegin erfasst die Gerichtsentscheidungen, ein Kollege liest sie, wägt ab, ob sie aufgenommen werden, und verschlagwortet die Urteile. So halten sie die einzige Datenbank aktuell, in der bundesweit Gerichtsentscheidungen zu Asyl und Migration gesammelt werden. Beratungsstellen, Rechtsanwältinnen, Behörden, Gerichte – alle können sie kostenlos nutzen. Genau so wie die aktuellen Länderinformationen. Die filtert Michael Kalkmann aus der Datenbank www.ecoi.net heraus, in der das Österreichische Rote Kreuz Tausende von Einträgen sammelt.

Beginn vor über 20 Jahren

Entstanden ist der Informationsverbund vor über 20 Jahren – als Zentrale Dokumentationsstelle der Freien Wohlfahrtspflege. Anfangs mit Bundesförderung begann die gemeinsame Fachstelle die Rechtsprechung zum Asylrecht sowie Informationen über Herkunftsländer aufzuarbeiten. Der

Versand der Informationen lief damals noch per Schneckenpost. „Alle zwei Monate bekam ich ein Päckchen Karteikarten mit Urteilen und Länderinformationen“ erinnert sich Harald Löhlein, Leiter der Abteilung Migration und internationale Kooperation beim Paritätischen Gesamtverband und Vorstandsvorsitzender des Informationsverbundes. Seit die Förderung auslief, finanzieren die Wohlfahrtsverbände die Fachstelle aus eigenen Mitteln. Als Verbundmitglieder sind seither Pro Asyl und Amnesty International dabei, als Partner unterstützt das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) den Informationsverbund finanziell.

Viele Arbeitshilfen für die Praxis

Inzwischen stehen die Informationen auf der Webseite. Neben Rechtsprechung und Länderinformationen gibt es dort eine Fülle von Arbeitshilfen, Broschüren, Studien und Stellungnahmen, die entweder der Informationsverbund oder seine Mitgliedsorganisationen verfasst haben und zum Download be-



reitstellen. Sie helfen Beratungsstellen nicht nur bei der Beratung zum Asyl, sondern klären auch Fragen zur Arbeitserlaubnis, Sozialleistungen für EU-Bürger oder Teilhabe von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Derzeit arbeitet der Informationsverbund an einer Reihe von Basisinformationen für Menschen, die sich in neu gegründeten Initiativen für Flüchtlinge engagieren. Zehnmals im Jahr erscheint außerdem das gedruckte Asylmagazin, die Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht. Etwa 800 Abonnenten hat es derzeit, überwiegend Rechtsanwältinnen und Beratungsstellen. „Es könnten mehr Beratungsstellen werden“, sagt Kalkmann. Denn das Magazin fasst neueste Entwicklungen der Flüchtlings- und Migrationspolitik zusammen und bereitet rechtliche Fragen für die Beratungspraxis auf. Wie hilfreich die Arbeit des Informationsverbundes ist, erfährt Michael Kalkmann vor allem, wenn er eingeladen wird – etwa zu Schulungen oder Fachvorträgen auf Tagungen. Es ist für ihn ein „schöner Erfolg“, wenn ihm dort Menschen sagen: „Ohne eure Informationen könnte ich meine Arbeit überhaupt nicht machen.“

Gerlinde Geffers

Anzeige

Gesundheitspädagogik

Berufsbegleitende Ausbildungen 2015/2016

Fernstudium und Wochenendseminare
Anerkannt für Bildungsscheck

19 Jahre Erfahrung

Entspannungspädagoge/in für Kind/Erwachsengruppen

Düsseldorf-Kaiserswerth 26. September 2015 6 Monate

Haltern am See 09. März 2016 6 Monate

Bewegungspädagoge/in

Kamen/Ruhrgebiet 26. September 2015 6 Monate

Yoga-Trainer/in

Düsseldorf-Kaiserswerth 26. September 2015 6 Monate

Konfliktberater/in

Mülheim/Ruhr 06. Februar 2016 3 Monate



Kölner Straße 40
58285 Gevelsberg
02332/14 92 69
www.bgt-weiterbildung.de

Informationsverbund Asyl und Migration e. V.
10405 Berlin
E-mail: kontakt@asyl.net



Rolf Rosenbrock



Bärbel-Maria Kurth



Nico Dragano



Heidi Knake-Werner

„Ein Vordenker mit großer Überzeugungskraft“

Fachkolloquium zum 70. Geburtstag des Verbandsvorsitzenden Rolf Rosenbrock

Das Wichtige mit dem Schönen verbinden konnte der Paritätische Gesamtverband Anfang Juli bei einem Fachkolloquium anlässlich des 70. Geburtstags seines Verbandsvorsitzenden Professor Dr. Rolf Rosenbrock. „Wie kaum ein anderer in Deutschland steht Rolf Rosenbrock für Prävention in der Gesundheit“, betonte Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen, in seiner Begrüßungsansprache. Was lag da näher, als zu Ehren seines Geburtstags eine Fachveranstaltung auszurichten, die jenes Thema in den Mittelpunkt stellte, für das Rosenbrock sich sein ganzes Berufsleben lang engagiert hat. „Prävention im Fokus: Soziale Herausforderungen – Politische Chancen“ hieß der Titel der gut besuchten Veranstaltung in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund.

Dr. Heidi Knake-Werner, ehemalige Senatorin für Gesundheit und Soziales in Berlin und jetzt Vorsitzende der Berliner Volkssolidarität, würdigte in ihrer Laudatio als langjährige Weggefährtin das fast ein halbes Jahrhundert umfassende wissenschaftliche und politische Wirken Rolf Rosenbrocks. Er habe mit seinen Überzeugungen nie hinter dem Berg gehalten und sei ein verlässlicher Stichwortgeber und Vordenker, dessen Überzeugungskraft sich auch Andersdenkende kaum entziehen könnten. Es sei ganz wesentlich auf Rosenbrocks Engagement zurückzuführen, dass heute niemand mehr den Zusammenhang zwischen Armut und gesundheitlicher Benachteiligung leugnen könne. Dieser Zusammenhang und die Frage, ob und wie mit Maßnahmen der Prävention zur Verminderung gesundheitli-

cher Ungleichheit beigetragen werden kann, standen im Mittelpunkt der Fachbeiträge von Professor Dr. Bärbel-Maria Kurth, Leiterin der Abteilung für Epidemiologie und Gesundheitsmonitoring am Robert-Koch-Institut Berlin, und Professor Dr. Nico Dragano, Direktor des Instituts für Medizinische Soziologie am Universitätsklinikum Düsseldorf. Rolf Rosenbrock betonte, er sei dankbar für die Möglichkeit, unter der Überschrift „Public health meets Wohlfahrtspflege“ seine Themen nun als Vorsitzender des Paritätischen mit einem neuen Blickwinkel und in neuen Zusammenhängen weiter verfolgen zu können. Er sei überzeugt: „Die Probleme der Gesundheitspolitik sind im Kern lösbar. Es lohnt sich, ihnen auf den Grund zu gehen.“ Allerdings müsse man auch die Interessen- und Machtfragen sehen, die dahinter stünden.



Ulrich Schneider und Moderatorin Mara Dehmer



Der stellvertretende Verbandsvorsitzende Cord Wellhausen gratuliert im Namen des Verbandes

Engagierter Werte-Dialog

Ob in Bamberg bei der Mitgliederversammlung des Landesverbands Bayern oder bei der Regionalkonferenz der Landesverbände Hamburg, Niedersachsen, Bremen und Schleswig-Holstein in Hamburg – der Wertedialog des Paritätischen wird nach der Auftaktkonferenz im März in Potsdam engagiert fortgesetzt.

Mit der bundesweiten Veranstaltungsreihe rückt der Verband die ethische Dimension sozialer Arbeit in den Fokus. „Wir brauchen ein Sozialsystem, in dem nicht der Preis regiert, sondern das Menschliche“, betonte Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands in Bayern. Gerade mit dem geplanten Freihandelsabkommen TTIP drohten jedoch neue Gefahren für die soziale Arbeit, die einmal mehr deutlich machen, wie wichtig die Wertedebatte des Verbands ist. (Siehe Bericht auf Seite 27 zur Großdemo gegen TTIP und CETA.)

Regionalkonferenzen

Die nächsten Regionalkonferenzen finden statt in Kassel und Leipzig (23. September 2015) sowie Heidelberg (16. Oktober 2015). Am 20. November 2015 verbindet der Paritätische Branden-



burg die Feier zum 25-jährigen Bestehen und die Mitgliederversammlung mit dem Wertedialog. Am 27. November 2015 ist er ein wichtiger Schwerpunkt bei der Mitgliederversammlung des Paritätischen Nordrhein-Westfalen in Wuppertal.

Mischen Sie sich ein!

Auch wer keine Möglichkeit hat, sich bei den Veranstaltungen vor Ort an der Wertedebatte zu beteiligen, kann seine Ideen, Anregungen und Meinungen einbringen – beispielsweise per E-Mail an werte@paritaet.org.

*

Aktuelle Informationen zum Wertedialog finden Interessierte im Internet auf der Seite www.werte.paritaet.org.

Kampf um die Armut

Es ist ein erbitterter Kampf ausgebrochen in Deutschland: Vordringlich geht es um Definitionen und wissenschaftliche Methoden zum Messen der Armut – tatsächlich aber um knallharte Interessenpolitik. Je größer die Armut, umso hartnäckiger das Leugnen derer, die ihren Reichtum oder ihre Macht bedroht sehen und umso härter ihre Schläge gegen alle, die sich mit der sozialen Spaltung in Deutschland nicht abfinden wollen. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, hat als Herausgeber des Buchs „Kampf um die Armut“ prominente und renommierte Kritiker dieses neoliberalen Mainstreams als Autoren gewonnen: Christoph Butterwege, Friedhelm Hengsbach, Rudolf Martens und Stefan Sell. Sie präsentieren brillante Analysen, entlarvende Erzählungen und engagierte Plädoyers gegen soziale Ausgrenzung.

Erscheinungstermin: 9. 11. 2015, 192 S., 14,99 Euro, www.westend-verlag.de.



Baden-Württemberg:

Wolfgramm folgt auf Böhringer

Ursel Wolfgramm ist neue hauptamtliche Vorstandsvorsitzende des Paritätischen Baden-Württemberg. Die 56-jährige Hamburgerin ist Nachfolgerin von Hansjörg Böhringer, der nach 27 Jahren an der Verbandsspitze in den Ruhestand verabschiedet wurde. Die diplomierte Sozialpädagogin, Betriebswirtin (HdK) und Damenschneidermeisterin leitete zuletzt als Geschäftsführerin die Deutsche Angestellten Akademie in Hamburg.



Zu Besuch beim Paritätischen Gesamtverband war im Juni eine Delegation der Vietnamesischen Vaterlandsfront unter der Leitung von Professor Nguyen Thien Nhan (links). Verbandsvorsitzender Professor Dr. Rolf Rosenbrock (Mitte) erläuterte den Besuchern das deutsche Wohlfahrtssystem und aktuelle Herausforderungen. Zudem standen die Themen Pflegeausbildung und Pflegeberuf sowie Mehrgenerationenhäuser im Mittelpunkt des Gesprächs. Rechts im Bild der stellvertretende Verbandsvorsitzende Josef Schädle.

10. Oktober in Berlin: Großdemo gegen TTIP und CETA

TIP & CETA stoppen – Soziales schützen, Demokratie stärken!“ Unter diesem Motto steht eine Großdemonstration, die am Samstag, 10. Oktober 2015, um 12 Uhr am Berliner Hauptbahnhof beginnt. Schon am Vortag, also am Freitag, dem 9. Oktober 2015, bietet der Paritätische Gesamtverband in der Berliner Kulturbrauerei eine Fortbildungsveranstaltung zu TTIP und Formen wirksamer Kampagnen- und Bündnisarbeit an. Der Titel: „Warum kommt wieder kein Schwein? Mobilisieren – aber richtig!“ Für die Tagung konnte der Paritätische Experten gewinnen, die über Formen und Notwendigkeit neuer Netzwerkarbeit, über die Erfolgsfaktoren öffentlichkeitswirksamer On- und Offline-Kampagnen sowie über kreative Protest- und Aktionsformen berichten. Eingeladen sind zudem verschiedene Bündnispartner, die auch am Beispiel der Proteste gegen das Freihandelsabkommen TTIP die Frage beleuchten, warum Vernetzung zunehmen wichtiger wird und wie man Menschen mobilisieren kann. Auch ganz praktisch können die Teilnehmenden gemeinsam kreativ werden und Requisiten für

Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen (rechts), steht mit seiner Band DUDE am Vorabend der Demo in der Berliner Kulturbrauerei auf der Bühne



die Demonstration am Folgetag herstellen.

Am Abend vor der Demo wird es zudem eine große Mobilisierungsparty mit einem Konzert der Band DUDE in der Berliner Kulturbrauerei geben. Details und die Möglichkeit zur Online-Anmeldung finden Interessierte auf www.paritaet.org/ttip. Für die Teilnahme am Fach- und Aktionstag wird ein Beitrag in Höhe von 50 Euro erhoben, der Eintritt zur Mobilisierungsparty, zu der jedermann willkommen ist, kostet fünf Euro. Zur Großdemonstration ruft ein brei-

tes Bündnis auf, dem die globalisierungskritischen Organisation Attac und das Kampagnennetzwerk Campact ebenso angehören wie der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Kulturrat, der Paritätische und Brot für die Welt, die Katholische Arbeitnehmerbewegung sowie allen großen Natur- und Umweltverbände von BUND und NABU bis Greenpeace und WWF. Unter www.ttip-demo.de kann man einen Aufruf gegen TTIP und CETA unterstützen und weitere Informationen und Mobilisierungsmaterialien finden.

Anzeige



Einzigartig vielfältig.

Die KongressMesse
für den Sozialmarkt

ConSozial 2015

SELBSTBESTIMMT LEBEN
INKLUSION GESTALTEN
SOZIALES PFLEGEN

// Zukunftsministerium
Was Menschen berührt.



Erleben Sie die einzigartige Vielfalt der ConSozial auf www.consozial.de

21. – 22. Oktober NürnbergMesse

Inklusiven Wohnraum gemeinsam erschließen

Wie kann die Inklusion von Menschen mit psychischen Erkrankungen beim Wohnen gelingen? Welche Rolle spielt die Zusammenarbeit der zuständigen Akteure? Wie können Betroffene in neue Entwicklungen einbezogen werden? Der Paritätische sucht mit dem Projekt „Inklusion psychischer kranker Menschen bewegen“ Antworten auf diese Fragen.

Die Komplexität des Themas bringt zweierlei mit sich: Erstens sind viele Akteure auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene von Bedeutung und zweitens müssen sie zusammengebracht werden, wenn tragfähige Lösungen gefunden werden sollen, wie für psychisch kranke Menschen passender und bezahlbarer Wohnraum und Wohnformen gefunden werden können. Der Paritätische vernetzt deshalb Vertreterinnen und Vertreter der zuständigen Bundesministerien, der Spitzenverbände der Wohnungswirtschaft, der Interessen- und Fachverbände für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen, der Selbsthilfe und der Wohnungslosenhilfe. Das Projekt ist als partizipativer Prozess über fünf Jahre angelegt. Mit seinen Landesverbänden sucht der Paritätische Gesamtverband konkret in vier Modellregionen nach Wegen und innovativen Ansätzen, bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum zu schaffen beziehungsweise zu erhalten. In der Praxis sollen diese Instrumente dann erprobt und bei Erfolg im Versorgungs-

system verankert werden. Zentral ist dabei, dass psychisch kranke Menschen als Expertinnen und Experten in eigener Sache aktiv mitwirken. Gefördert wird das Vorhaben von der Stiftung Deutsche Behindertenhilfe. Mehrere Gremien, Arbeitskreise und Teams wurden etabliert, damit die Vernetzung und Partizipation innerhalb und über den Verband hinaus gelingen:

Der Projektbeirat:

Die Mitglieder des Projektbeirats beraten, begleiten und unterstützen mit ihrem Know-how die Projektakteure. Die Ergebnisse der Evaluation werden gemeinsam ausgewertet und Empfehlungen ausgesprochen.

Zentral ist der Austausch zu den unterschiedlichen Erfahrungshintergründen im Bereich Wohnraumbeschaffung und -erhaltung, zum Thema Inklusion und der Zielgruppe Menschen mit psychischen Erkrankungen. Die Stigmatisierung psychisch kranker Menschen und der Mangel an kleinen und preiswerten Wohnungen führen dazu, dass die Betroffenen es bei der Wohnungssuche besonders schwer haben. Hinzu kommt, dass auch Freie Träger zunehmend Probleme haben, Wohnraum für diese Zielgruppe anzumieten.

Modellregionen:

Bei der Auswahl der vier Modellregionen und der dort einbezogenen Träger wurden sowohl städtische

und ländliche Versorgungsstrukturen, regionale Verschiedenheiten und die unterschiedlichen Problemlagen des Wohnungsmarkts sowie die Angebotsvielfalt der Träger berücksichtigt.

Die Modellregionen sind:

Region Berlin mit den Trägern Unionhilfswerk Sozialeinrichtungen gGmbH, Perspektive Zehlendorf, Pinel gGmbH –Initiative für psychisch Kranke sowie WIB Weißenseer Integrationsbetrieb.

Region Main-Kinzig-Kreis: Behinderten-Werk Main-Kinzig e.V.

Region Münster: Förderkreis Sozialpsychiatrie e.V.

Region Zittau: Psychosozialer Trägerverein Sachsen e.V.

Fragebogen entwickelt

Der Dachverband Gemeindepsychiatrie hat – in Kooperation mit den Modellregionen – die Aufgabe, Barrieren und Ressourcen für Wohnraumerhaltung und Wohnraumschaffung für psychisch erkrankte Menschen zu identifizieren. In einem ersten Schritt wurde mit allen Beteiligten im Projekt ein Fragebogen für Nutzerinnen und Nutzer entwickelt. Die Ergebnisse sollen den Regionen Aufschluss über Zugangsbarrieren zu sozialem Wohnungsbau und privatem Wohnraum und Anregungen für einen verbesserten Zugang liefern.

Informationen über das Projekt und aktuelle Entwicklungen gibt es auf www.der-paritaetische.de/inklusion.

Projekt „Inklusion psychisch kranker Menschen bewegen“
Sabine Bösing, Tel.: 030/24636-453
inklusion@paritaet.org



Konstituierende Sitzung des Beirats für das Projekt „Inklusion psychisch kranker Menschen bewegen“
Foto: Zimmermann

Gesunde Ernährung als sozialer Auftrag

Mit ihrer Ernährungsoffensive engagieren sich der Paritätische Gesamtverband und PariSERVE in Kiel für eine gesunde und leckere Verpflegung von Menschen, die in sozialen Einrichtungen leben: von der Kita über die Studentenmensa bis zur Senioreneinrichtung.



Fotos: PARISERVE

Gesunde Ernährung als sozialer Auftrag – so lautete das Motto einer gemeinsamen Fachtagung von PariSERVE und dem Paritätischen Gesamtverband Anfang Juni in Fulda. Den Titel der Tagung als Aufforderung zu begreifen und im Alltag auch in die Tat umzusetzen, das stellt viele soziale Einrichtungen vor große Herausforderungen. Stetiger Kostendruck und Sparzwang auf der einen und steigende Qualitätsanforderungen auf der anderen Seite – da bleibt nicht viel Raum für innovative Ideen.

Dieses Dilemma sei Ausdruck eines mangelnden Wertebewusstseins innerhalb der Gesellschaft, betonte Professor Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands, in seiner Eröffnungsrede. Bei der Ernährung der Kinder in Kitas zu sparen sei ebenso falsch, wie beim Essen für ältere Menschen in Senioreneinrichtungen. Die Gemeinschaftsverpflegung in sozialen Einrichtungen müsse mehr sein als „warm, essbar und sättigend“, so Rosenbrock. Ein Kulturwandel und eine Neubewertung seien nötig – nicht nur in der Sozialwirtschaft, sondern innerhalb der gesamten Gesellschaft, um dem großen Ziel einer besseren Verpflegung für alle Menschen näher zu kommen. Dies ist auch Ziel der Ernährungs- und Verpflegungsoffensive des Paritätischen.

Gefragt: Konzepte für die Zukunft

Wie ein solches Umdenken gelingen kann und ob es in manchen Teilen der Gesellschaft vielleicht bereits stattfindet, darüber diskutierten Verantwortliche und Experten an zwei Tagen in Vorträgen und Workshops. Unterstützt



von der Hochschule Fulda wurde den Besuchern ein breit gefächertes Vortragsprogramm geboten. So referierte unter anderem Prof. Dr. Jana Rückert-John von der Hochschule Fulda zur Bedeutung von Ernährung in der Überflusgesellschaft, Jörg Reuter von der Strategieberatung grüneköpfe sprach über Nachhaltigkeit und Markenbildung in der Sozialwirtschaft und gv-praxis-Chefredakteur Burkart Schmid zeigte Trends für die Gemeinschaftsverpflegung auf.

Auf großes Interesse stießen die Workshops zu Themen wie dem gesunden, nachhaltigen und bezahlbaren Lebensmitteleinsatz bis zum Change-Management und Zukunftskonzepten in der Gemeinschaftsgastronomie.

Zukunftspreis

Um Zukunftskonzepte ging es dann auch bei der Verleihung des Zukunftspreises Ernährung und Verpflegung 2015. Mehr als 30 Bewerbungen sozialer Einrichtungen waren eingegangen – eine breite Vielfalt von Projekten und Konzepten mit Signalwirkung. Fünf Einrichtungen wurden für den Preis

Dr. Eberhard Jüttner (oben rechts) überreicht den Zukunftspreis Ernährung & Verpflegung 2015 an Anne Fresen von der INA.KINDER.GARTEN gGmbH. Links: Professor Dr. Rolf Rosenbrock bei der Eröffnungsrede.

nominiert und auf der Tagung vorgestellt: das Studentenwerk Trier, die KWA Betriebs- und Service GmbH, die Berliner Kita Ritterburg und der ASB Hessen sowie die INA.KINDER.GARTEN gGmbH aus Berlin. Die INA.KINDER.GARTEN gGmbH erhielt den mit 3.000 Euro dotierten Preis aus den Händen des Juryvorsitzenden Dr. Eberhard Jüttner, Mitinitiator der Ernährungsoffensive. Er würdigte in seiner Rede den Grundgedanken der Organisation und ihrer 19 Einrichtungen, in denen – unter Einbeziehung der Kinder – täglich frisch gekocht wird. Hier werde „Bildung von Anfang an“ vermittelt, so Jüttner. Die Kinder werden durch aktive Beteiligung und Mitgestaltung darin bestärkt, ihr Leben eigenständig und selbstbestimmt zu gestalten – gute Ernährung inbegriffen.

Ein Themenpark bot zusätzliche Gelegenheit für Austausch und Gespräche. Dort konnten sich die Tagungsgäste auch über aktuelle Angebote und Produkte von Herstellern, Lieferanten und Partnern informieren.

Die Dokumentation steht auf www.pariserve.de/ unter Fachtagungen.

Riester-Rente bringt nichts im Kampf gegen Altersarmut

Als eindeutig gescheitert bewertet der Paritätische Gesamtverband das Modell der „Riester-Rente“. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und der Freien Universität Berlin gehen fast 40 Prozent der staatlichen Riester-Zulagen an Personen mit ohnehin überdurchschnittlichem Einkommen.

Die Riester-Rente erreicht Niedrigverdiener ganz offensichtlich nicht. Sie erzeugt in erster Linie Mitnahmeeffekte für Besserverdienende in Milliardenhöhe und leistet nichts zur Bekämpfung der auf uns zurollenden Altersarmut“, kritisiert Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. Die 2001 beschlossene Riester-Rente sei nicht geeignet, auch nur die Verluste durch die fortschreitende Absenkung des Rentenniveaus auszugleichen. Gerade für diejenigen, die eine staatliche Förderung am meisten benötigen, sei das Riestern nichts, da schon die monatlichen Beiträge eine zu hohe

Belastung darstellten und etwaige Erträge am Ende ohnehin auf die Altersgrundsicherung angerechnet würden. Derzeit bestünden überhaupt nur 16 Millionen Riester-Verträge, von denen aber etwa ein Fünftel „ruhend“ gestellt worden sei, weil sich die Versicherten die Beitragszahlungen nicht mehr leisten können. Von über 34 Millionen Menschen, die Anspruch auf eine Zulage hätten, würden also faktisch gerade einmal 37 Prozent erreicht, so der Verband.

Der Paritätische fordert die Bundesregierung auf, die Riester-Rente zu überprüfen und endlich wirksame Maßnahmen gegen Altersarmut auf den

Weg zu bringen. „Die Bundesregierung ist gut beraten, diese milliarden-teure sozialpolitische Geldverschwendung auf den Prüfstand zu stellen und stattdessen das Rentenniveau von derzeit 47 wieder auf 50 Prozent anzuheben und zu garantieren“, fordert Schneider. Die Alterssicherungspolitik müsse „vom Kopf auf die Füße“ gestellt und konsequent auf die Vermeidung und Bekämpfung der Altersarmut ausgerichtet werden. Der Paritätische hat dazu unter anderem unter dem Titel „Sicherheit statt Altersarmut“ umfassende Vorschläge für eine durchgreifende Reform der Altersgrundsicherung vorgelegt.

Präventionsgesetz:

Schritt in die richtige Richtung

Als wichtigen Schritt hat der Paritätische Gesamtverband das neue Präventions- und Gesundheitsförderungsgesetz begrüßt. Auch wenn die geplanten Maßnahmen nicht ausreichend seien, um die gravierende sozial bedingte gesundheitliche Chancenungleichheit in Deutschland nachhaltig zu reduzieren, so markiere das Gesetz dennoch einen Meilenstein auf dem Weg in die richtige Richtung. Nach jahrzehntelangem Ringen und insgesamt drei gescheiterten Gesetzesanläufen sei es endlich gelungen, moderne und wirksame Formen der Prävention als Regelfall ins Gesetz zu schreiben.

„Natürlich hätten wir uns an vielen Stellen weitergehende Reformen gewünscht und sind enttäuscht, dass sich

das Gesetz im Kern auf die Prävention durch Krankenkassen beschränkt und damit wichtige Akteure wie zum Beispiel Bund, Länder und Gemeinden nicht wirklich in die Verantwortung genommen werden. Der wesentliche Fortschritt besteht aber darin, dass künftig die Prävention in Lebenswelten, also zum Beispiel in Kitas, Schulen, Betrieben, Pflegeeinrichtungen und Stadtteilen Vorrang vor Kursen zur Verhaltensänderung hat. Denn diese Kurse erreichen kaum sozial benachteiligte Menschen. Mit dieser Weichenstellung können endlich wissenschaftlich fundierte Strategien aufgelegt werden, von denen die zentralen Zielgruppen real profitieren“, so Verbandsvorsitzender Professor Dr. Rolf Rosenbrock.

Straffällige nicht aus staatlichen Sicherungssystemen ausgrenzen

Der Paritätische Gesamtverband hat den Zugang zur Rentenversicherung für alle Strafgefangenen gefordert. Auch in der Arbeitslosenversicherung dürften sie nicht länger benachteiligt werden.

Maßgebliches Ziel des Strafvollzugs in Deutschland sei die Resozialisierung von Straftätern und Straftäterinnen. Dem widerspreche es, wenn die Betroffenen aus staatlichen Sicherungssystemen wie der Arbeitslosen- und Rentenversicherung ausgegrenzt würden. Dies führe unweigerlich zu geringeren Altersrenten mit den Folgeproblemen der Altersarmut bzw. der Abhängigkeit von Grundsicherungsleistungen.

Arbeitsgelegenheiten müssen neu gestaltet werden

Vor dem Hintergrund der Diskussion um eine Reform des Sozialgesetzbuchs II (SGB II) spricht sich der Paritätische Gesamtverband für eine Neugestaltung der Arbeitsgelegenheiten gemäß Paragraph 16 d SGB II aus.

Arbeitsgelegenheiten dürfen aus Sicht des Paritätischen nicht länger als Test zur Überprüfung der Arbeitsbereitschaft oder zwangsweisen Aktivierung eingesetzt werden. Leistungsberechtigte sollen zudem nicht herangezogen werden, um eine „Gegenleistung“ für die erhaltene finanzielle Unterstützung zu gewähren. Für sehr arbeitsmarktfremde Personen wie etwa wohnungslose Menschen, psychisch beeinträchtigte Personen, Haftentlassene und sozial benachteiligte Menschen sollte das Angebot der Arbeitsgelegenheit aber auf freiwilliger Basis nutzbar sein, um ihre Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern. Arbeitsgelegenheiten müssen nach Auffassung des Paritätischen als echte Leistung zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit ausgestaltet werden. Dafür müssen gesetzliche Restriktionen, die heute etwa einer Verbindung von Arbeiten und Qualifizierung entgegenstehen, beseitigt werden. Entscheidend ist es, sinnstiftende und nutzbringende Tätigkeiten in realen Arbeitsprozessen zu ermöglichen. Der Paritätische spricht sich für eine konsequente und direkte Beteiligung von Erwerbslosen (zum Beispiel durch Arbeitsloseninitiativen) in der lokalen Beiratsarbeit und Mitwirkung an der örtlichen Ausgestaltung der Arbeitsgelegenheiten aus. Die Arbeitsgelegenheit sei eines unter anderen Förderinstrumenten, das Erwerbslose auf dem Weg in den allgemeinen Arbeitsmarkt zurückhelfen könne, so der Verband. Doch wo dies auch bei intensiver Förderung und auf absehbare Zeit nicht möglich ist, braucht es öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zur Teilhabe an Erwerbsarbeit.



Paritätischer fordert Ende der Sanktionen gegen Hartz-IV-Bezieher

Als möglicherweise bahnbrechend hat der Paritätische Gesamtverband einen im Juni ergangenen Beschluss des Sozialgerichts Gotha begrüßt: Das thüringische Gericht hält die bestehenden Sanktionsregelungen in Hartz IV für verfassungswidrig und hat daher in dieser Frage das Bundesverfassungsgericht angerufen. „Spätestens mit den massiven Kürzungen bei den Hilfen für Langzeitarbeitslose seit 2010 und der daraus folgenden Zweiklassenarbeitsmarktpolitik ist das Prinzip des Forderns und Förderns von der Bundesregierung aufgegeben worden. Damit ist das Recht auf Sanktionen verwirkt“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. Angesichts einer Förderquote von mittlerweile nur noch neun Prozent und einer Vermittlungsquote von gerade einmal 14 Prozent seien Sanktionen nicht länger zu rechtfertigen. „Wenn die Jobcenter den Betroffenen keine echte Perspektive anbieten können, sind Sanktionen nicht nur sinnlos, sondern geradezu

unredlich. Bei den Sanktionen handelt es sich keinesfalls um eine Petitesse“, betont Schneider. „Hier werden Menschen tatsächlich unter die Armutsgrenze gedrückt.“ Der Verband fordert die komplette Abschaffung der Sanktionen und einen arbeitsmarktpolitischen Kurswechsel. „Statt sinnloser Sanktionen brauchen wir eine arbeitsmarktpolitische Offensive, die den Menschen echte Perspektiven eröffnet“, fordert Schneider.

Eingliederungstitel aufstocken

Notwendig seien eine neuerliche Instrumentenreform und eine deutliche Aufstockung des Eingliederungstitels für Maßnahmen zur Integration Langzeitarbeitsloser. „Wir brauchen insbesondere mehr Qualifizierungsmöglichkeiten, die Möglichkeit längerfristiger Förderung sowie einen Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung“, so Schneider. Nach Schätzungen des Paritätischen bedürfte es eines zusätzlichen Finanzvolumens von mindestens drei Milliarden Euro, um ein entsprechendes Hilfsangebot zu finanzieren.



Foto: Privat

Zusammen sind wir viele

Das Berliner Projektteam Junge Selbsthilfe räumt mit verstaubten Vorstellungen über Selbsthilfegruppen auf

Unter dem Motto „Zusammen sind wir viele“ engagiert sich ein Projektteam aus jungen Berlinerinnen und Berlinern für die Idee der Selbsthilfe. Ihr Ziel ist, junge Menschen im Alter zwischen 18 und 35 Jahren über Selbsthilfe und Selbsthilfegruppen zu informieren und dafür zu begeistern. Im Vordergrund des Engagements stehen Authentizität, Teamgeist, Lust, die Dinge (einmal anders) anzupacken, und jede Menge Spaß beim Tun.

(Junge) Selbsthilfe als Lern- und Erfahrungsort

Das Projektteam Junge Selbsthilfe ist eine bunt gemischte, offene Gruppe von jungen Menschen, die selbst bereits Erfahrungen in Selbsthilfegruppen gemacht haben – sei es als Gründer, Moderatorin oder Teilnehmende. Die Themen reichen dabei von Stottern über Soziale Phobie, Depressionen, Sucht und Co-Abhängigkeit bis zu Trauer. Andere Teammitglieder wieder-

rum sind beruflich in Selbsthilfeorganisationen beziehungsweise Unterstützungsorganisationen tätig oder einfach neugierig auf das Thema Selbsthilfe.

Allen gemeinsam ist die Vision einer Selbsthilfe, in der neben älteren Menschen verstärkt auch junge

Leute unter 35 Jahren ihren Platz finden und gemeinsam aktiv ihr Leben gestalten. In dieser Vision werden die Gruppentreffen zu Lernorten, Experimentierfeldern, zu „Spielwiesen“, auf denen sich Menschen ausprobieren können und neue Erfahrungen machen, die ihr Leben bereichern. In dieser Vision wird die Selbsthilfe zu einem lebendigen Gruppenformat, das frei von Stigmatisierungen, Vorurteilen und verstaubten Klischees ist.

Wie alles begann: Im September 2013 organisierten die Mitarbeiterinnen der Selbsthilfe-Kontakt- und Beratungsstelle Mitte in Berlin eine Workshopreise in die interkulturelle Begegnungsstätte „Afacan“ an der ägäischen Küste, etwa 70 Kilometer westlich vom türkischen Izmir. Afacan ist ein gemeinnütziges Projekt von Menschen aus Berlin und Istanbul. Die meisten der Mitgereisten waren in Selbsthilfegruppen aktiv. Hinzu kamen Studierende, die Interesse für die Arbeitsform Selbsthilfe mitbrachten. Jenseits der Heterogenität der Erkrankungen und Anliegen war das gemeinsame Interesse am Voranbringen junger Selbsthilfegruppen schnell offensichtlich. Zurück in Deutschland, dauerte es nicht lange, dass sich das „Projekt-

team Junge Selbsthilfe“ im November 2013 gründete, um die kleinen und großen Ziele wahr werden zu lassen.

Das Image der Selbsthilfe erneuern

Auf verschiedene Art und Weise bringt das Projektteam Junge Selbsthilfe das Thema in die (junge) Öffentlichkeit. Im ersten Projektjahr 2014 entstanden die Webseite www.zusammen-sind-wir-viele.de sowie Flyer und Stoffbeutel mit dem Spruch „Atze, Karl und Marie ham och Probleme“, die im zielgruppengerechten Layout die Aufmerksamkeit bei jungen Menschen wecken sollen. Außerdem rührte das Team unter anderem auf dem 1. Berliner Selbsthilfefestival sowie dem Berliner Selbsthilfeforum kräftig die Werbetrommel. Highlights waren die Open Stage der Jungen Selbsthilfe im November 2014 und Juni 2015. Das Team lud Menschen aus Berliner Selbsthilfegruppen ein, um mit Poesie, Gesang, Schauspiel, Improtheater und Rap ihre ganz persönliche Sicht auf die (Selbsthilfe-)Welt zu präsentieren. Die erste Open Stage fand in einer beliebten Kneipe in Neukölln statt und wies der Selbsthilfe bewusst einen „hippen“ Ort in der Berliner Szene zu. Die zweite Open Stage der Jungen Selbsthilfe fand zeitgleich mit der bundesweiten Tagung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen (DAG – SHG) statt. Seit etwa drei Jahren führt die Selbsthilfe-Kontakt- und Beratungsstelle

Mitte (SHK Mitte) gemeinsam mit jungen Selbsthilfe-Aktiven Workshops an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin durch.

Inzwischen ist dieses Projekt zu einem festen Baustein der Arbeit des Projektteams Junge Selbsthilfe geworden, das in enger Kooperation mit der SHK Mitte abläuft.

Das Anliegen der Workshops mit den angehenden Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern ist die Sensibilisierung künftiger Fachkräfte und wichtiger Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für das Thema Selbsthilfe. Zentral ist dabei, dass die jungen Menschen aus dem Projektteam persönlich über ihre Erlebnisse mit Themen wie Sucht, Psychiatrie oder Angst sowie

über ihre Erfahrungen mit Selbsthilfegruppen berichten.

Für Ende 2015 plant das Projektteam Junge Selbsthilfe etwas ganz Besonderes: Junge Selbsthilfeaktive im Alter unter 35 Jahren sowie Interessierte und Professionelle aus der Selbsthilfe (unter und über 35 Jahren) werden zu einem bundesweiten Netzwerktreffen unter dem Motto „Zusammen sind wir viele“ eingeladen. Es findet statt vom 27. bis 29. November 2015 in der Akademie Waldschlösschen in der Nähe von Göttingen.

Nähere Informationen und Anmeldung unter: bundestreffen@zusammen-sind-wir-viele.de oder auf www.zusammen-sind-wir-viele.de.

Kontakt:
Selbsthilfe-Kontakt-
und Beratungsstelle Mitte
StadtRand gGmbH
Franziska Anna Leers,
www.stadtrand-berlin.de

ausgezeichnet – ausgezeichnet – ausgezeichnet

Schülerinnen und Schüler des St. Anna Gymnasiums in Wuppertal haben erneut den großen Schulwettbewerb im Spendensammeln zugunsten der Arbeit des Müttergenesungswerks (MGW) gewonnen. Damit können sich die Schülerinnen und Schüler bereits zum sechsten Mal über den ersten Platz in Folge freuen. Insgesamt sammelten sie im vergangenen Jahr 8.872,74 Euro an Spenden.

Von rund 50.000 Müttern, die 2014 an einer Mutter-Kind-Kurmaßnahme im Müttergenesungswerk teilgenommen haben, leiden laut aktuellem Datenreport des MGW über 80 Prozent unter Erschöpfungszuständen bis hin zum Burnout. Von ihren rund 72.000 mitreisenden Kindern sind zwei Drittel ebenfalls behandlungsbedürftig.

www.muetergenesungswerk.de

*

Das inklusive Reitprojekt „Kinder mit Pferden stark machen“ wurde im Rahmen der Deutschen Meisterschaften des Pferdesports zum offiziellen

Laureus Sport for Good Projekt ernannt. „Kinder mit Pferden stark machen“ ist ein inklusives Reit-Projekt, das 2011 als Initiative des Deutschen Kuratoriums für Therapeutisches Reiten e.V. (DKThR) zur gemeinsamen pädagogischen und motorischen Förderung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne besonderen Förderbedarf im Rahmen des Kindergarten- und Schulprogramms mit Hilfe des Pferdes startete. Schnell etablierte sich die Initiative zu einem sehr erfolgreichen und nachhaltigen Projekt, an dem inzwischen ca. 70 Kindergärten und Schulen im Bundesgebiet angeschlossen sind. In den nächsten drei Jahren erhält diese Initiative 60.000 Euro Förderung. Die Laureus Sport for Good Stiftung Deutschland/Österreich unterstützt mit inzwischen 14 Sportprojekten sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche in Deutschland und Österreich.

www.laureus.de

www.dkthr.de

Entsetzen über das drohende Aus für die Unabhängige Patientenberatung

Scharf kritisiert haben die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats die Entscheidung des Spitzenverbands der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und des Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Staatssekretär Karl-Josef Laumann, die Patientenberatung an die Sanvartis GmbH zu vergeben. Prof. Dr. Marie-Luise Dierks, Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Prof. Dr. Ullrich Bauer und Prof. Dr. Raimund Geene betonten: „Wir sind entsetzt über die uns völlig unverständliche Entscheidung, die erfolgreiche Arbeit der UPD zu beenden. Die Vergabe an die Sanvartis GmbH entspricht in keiner Weise den Vergabekriterien für eine Unabhängigkeit und Neutralität in der Patientenberatung. Substanzielle Kritikpunkte, die im Beirat vorgetragen wurden und zwingend den Ausschluss dieses Bewerbers zur Folge hätten haben müssen, wurden offenbar ignoriert.“

„Kassennahes Call-Center“

Die Beiratsmitglieder äußerten Verständnis für die Kritik des Ärztekammerpräsidenten Montgomery, die Kassen versuchten, „sich die Beratungsstelle unter den Nagel zu reißen“. Seit Jahren kritisiere der Beirat Versuche der Vereinnahmung der Patientenberatung durch die GKV. Weil auch der Bundestag diese Problematik gesehen habe, sei per Gesetzesänderung entschieden worden, dass der Vorsitz des Beirats mit erweiterten Befugnissen auf den Patientenbeauftragten der Bundesregierung übergehe, mit dem die Vergabe der Patientenberatung abzustimmen sei. Enttäuscht ist der Beirat vor allem von Laumann. Statt als Vorsitzender des Beirats die Erfolge im Aufbau der unabhängigen und neutralen Patientenberatung zu sichern, polemisiere er seit Monaten gegen die UPD mit dem nun offensichtlich gewordenen Ziel, die unabhängige Patientenberatung in ein kassennahes Call-Center umzuwandeln.

Erfahrungsberichte – Erfahrungsberichte

Im Paranus-Verlag sind jetzt zwei Bücher erschienen, die neue Impulse im Umgang mit psychischen Erkrankungen setzen sollen:

Mit „Angehörige sind Erfahrene“ haben Fritz Bremer und Hartwig Hansen ein Ermutigungsbuch herausgebracht, das an Angehörige psychisch erkrankter Menschen appelliert, sich ihrer eigenen, besonderen Erfahrungen klarer bewusst zu werden, diese stärker wertzuschätzen und den Austausch mit anderen Angehörigen zu suchen. 16 Eltern und Partner berichten anschaulich und bewegend, vor welche Herausforderungen sie die psychische Erkrankung ihres Angehörigen gestellt hat und was sie bei



dem Gefühl, eine Mitschuld daran zu tragen, dass der Partner/die Partnerin oder das Kind erkrankt sind. Oder um das Empfinden, ständig Verantwortung für den psychisch kranken Angehörigen tragen zu müssen ohne im psychiatrischen Behandlungssystem als Angehörige angemessen eingebunden zu werden. Deutlich wird vor allem, wie wichtig, aber auch, wie schwer es ist, im Umgang mit der Erkrankung des Angehörigen seinen eigenen Weg zu finden. Eine empfehlenswerte Lektüre nicht nur für Angehörige, sondern auch für Betroffene und vor allem professionell in der Psychiatrie Tätige.

der Bewältigung als hilfreich erlebt haben. Dabei geht es unter anderem um die Auseinandersetzung mit

184 Seiten, 19,95 Euro, ISBN 978-3-940636-32-4
 „Höllengal oder Himmelsgabe?“ heißt das zweite Buch, in dem Hartwig Hansen als Herausgeber Erfahrungen von 18 Stimmen hörenden Menschen zusammenführt. Sie beschäftigen sich mit der Frage, wie die Stimmen in ihr Leben kamen, wie sie es verändert haben und wie sie das Stimmenhören in ihr Leben integrieren konnten.
208 Seiten, 19,95 Euro, ISBN 978-3-940636-33-1

Im Namen der Menschlichkeit

Ein leidenschaftliches Plädoyer gegen die Abschottung Europas und für ein radikales Umdenken in der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik hat Heribert Prantl geschrieben. „Im Namen der Menschlichkeit“ heißt die im Ullstein-Verlag erschienene Streitschrift. Prantl, Leiter der Innenpolitik der Süddeutschen Zeitung, fordert angesichts der Katastrophen an den EU-Außengrenzen einen kompletten Richtungswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik. Eine große Seenotrettungskampagne allein reiche nicht aus, um das Massensterben im Mittelmeer zu verhindern. Europa habe die Verpflichtung, Migration als zivilisatorische Notwendigkeit zu begreifen und danach zu handeln.

Heribert Prantl, Im Namen der Menschlichkeit, 32 S., ISBN-13 9783550081262, 3,99 Euro



Eva talks Adam walks

Sensibilität für unterschiedliche Kommunikationsweisen von Männern und Frauen und dafür, was dieser Unterschied für das tägliche Miteinander bedeutet, weckt Cristina Muderlak in ihrem Buch „Eva talks Adam walks“. Sie spricht subtile Spezifika in Sprechweise und Sprachstil ebenso an wie beispielsweise Unterschiede bei Fehlertoleranz und Risikobereitschaft, biologische Faktoren ebenso wie erlerntes Verhalten, etwa bei Gehör und Stimme sowie Wortschatz. Auch wenn die Logopädin und psychologische Organisationsberaterin betont, dass es „den“ Mann und „die“ Frau nicht gibt und sie demnach ihre Feststellungen auf eine „statistisch relevante Mehrzahl“ bezieht, so liefert sie doch etliche Beispiele, die dazu anregen, im Alltag genauer hinzuhören, wer da was wie sendet und wie es ankommt – im Sinne eines besseren Miteinanders.

Cristina Muderlak
Eva talks Adam walks
Goldegg Verlag, 248 S., 19,95 Euro
ISBN 978-3-902991-42-3

Und Action: 5 X Familie

Fünf verschiedene Familien, die sich auf die eine oder andere Weise von den Familien in den Schulbüchern unterscheiden, stellt Cassandra Ruhm in ihrem Kurzfilm: „Was ist eigentlich eine Familie?“ vor. Mal hat ein Elternteil eine Behinderung, mal sind beide Eltern Mütter, mal kommen sie aus unterschiedlichen Kontinenten... Die Psychologin und Filmemacherin, die selbst eine Behinderung hat, lässt Erwachsene wie Kinder erzählen, was ihnen besonders an ihrer Familie gefällt. Es gibt den Film in zwei Versionen, einmal drei und einmal zwölf Minuten lang, sowie mit Audiodeskription und Untertiteln.

www.kassandra-ruhm.de

Gemischtes Bild der unvollendeten Einheit

Die staatliche Einheit ist eine unvollendete Einheit.“ Das belegt nach Ansicht von Professor Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands, die jüngst von der Volkssolidarität in Berlin vorgestellte Studie „Die deutsche Vereinigung 1989 bis 2015 – Positionen der Bürgerinnen und Bürger“. Sozialwissenschaftler Professor Gunnar Winkler, zugleich Ehrenpräsident der Volkssolidarität, habe damit „ein wichtiges und unverzichtbares Nachschlagewerk für alle vorgelegt, die sich mit der unvollendeten Einheit und den Gründen dafür beschäftigen“, so Rolf Rosenbrock bei der Buchvorstellung.

Unterschiedliche Lebensverhältnisse

Das Material ist eine Art Zusammenfassung der Befragungen von Bürgerinnen und Bürgern Ostdeutschlands aus den vergangenen 25 Jahren und der darauf aufbauenden „Sozialreporte“ der Volkssolidarität. Durchgeführt und ausgewertet wurden sie von Winkler und dem von ihm mitgegründeten Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin Brandenburg (SFZ). Eine der Hauptaussagen: Der Stand der Einheit wird in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich gesehen. „Nur jeder vierte Ostbürger, aber jeder

zweite Westbürger ist der Meinung, dass Ost und West nach fast 25 Jahren der Vereinigung weitgehend zusammengewachsen sind beziehungsweise nur noch geringe Unterschiede bestehen.“ In Ostdeutschland erwarten die Untersuchungen zufolge fast die Hälfte der Befragten, dass die Unterschiede noch größer werden, gegenüber einem Drittel im Westteil des Landes. Eine wesentliche Ursache sieht Winkler in den immer noch bestehenden Differenzen in den Lebensverhältnissen – etwa im Hinblick auf Erwerbs- und Alterseinkommen der Ostdeutschen, Wohneigentum oder Vermögen. Die Ostdeutschen fühlten sich mehrheitlich noch nicht richtig in der Bundesrepublik angekommen, so das Resümee.

Wunsch nach Chancengleichheit

Sie hätten aber keinen „Gleichheitsfimmel“ und verstünden unter „Angleichung“ keine Gleichheit im Sinne formaler quantitativer Gleichheit oder Nivellierung, stellt Winkler klar. Es gehe den Ostdeutschen vor allem um Chancengleichheit „im Sinne von Herstellung vergleichbarer Bedingungen für eine eigenständige Lebensgestaltung“. Der Autor macht auch auf Unterschiede in den Werten der Bürger in Ost und West aufmerksam. Während



„Freiheit“ und „Demokratie“ für die Westdeutschen vorrangiger scheinen, gelte das aus ostdeutscher Sicht für die Werte „soziale Sicherheit“ und „Gerechtigkeit“. Allerdings gleichen sich laut Winkler die Sichten bei den unter 30-Jährigen immer weiter an.

Die Studie steht zum Download auf www.volkssolidaritaet.de. Als Printversion kann sie bestellt werden unter Tel.: 030|278970, E-Mail: bundesverband@volkssolidaritaet.de.

Impressum



Magazin des PARITÄTISCHEN
ISSN-1866-1718
Telefon: 030/24636-0 · Fax: -110
Internet: www.der-paritaetische.de
E-Mail: nachrichten@paritaet.org
Verantwortlich: Dr. Ulrich Schneider

Redaktion:
Ulrike Bauer (UB), Tel.: 0172/6585424
Martin Wißkirchen, Tel.: 030/24636-311

Verantwortlich für die Landesseiten:
Brandenburg: Andreas Kaczynski,
Tel.: 0331/28497-0

Bremen: Anke Teebken, Tel.: 0421/79199-0
Hessen: Günter Woltering, Tel.: 069/95526220
Mecklenburg-Vorpommern:
Christina Hömke, Tel.: 0385/59221-0
Sachsen: Thomas Neumann,
Tel.: 0351/4916654
Thüringen: Stefan Werner, Tel.: 036202/26-231

Titelbilder: Fotolia | Monkey Business
Rom e.V., AGDW

Für Berichte, die mit dem Namen des Verfassers/der Verfasserin gekennzeichnet sind, trägt diese/r die Verantwortung. Nachdruck nur mit Erlaubnis der Redaktion.
Redaktionsschluss: 6 Wochen vor Erscheinen.
Erscheinungsweise: 6 x pro Jahr

Anschrift von Herausgeber, Redaktion, Anzeigenverwaltung und Vertrieb:
Der Paritätische – Gesamtverband e.V.,
Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin
Druck: Henrich Druck + Medien GmbH,
Schwanheimer Straße 110,
60528 Frankfurt am Main





Clowneskes Schauspiel in Bremen: Blaumeier Atelier präsentiert „Flansch“

Nach mehreren ausverkauften Aufführungen im vorigen Jahr – unter anderem auch in Reutlingen und München – präsentiert das Bremer Blaumeier-Atelier im kommenden Winter zum letzten Mal seine kriminalistische Baumarkt-Komödie „Flansch“. Die zwölf Schauspielerinnen und Schauspieler mit und ohne Behinderung bringen das schräge Stück in Bremen zu folgenden Terminen auf die Bühne: Freitag, 4. Dezember 2015, Samstag, 5. Dezember, Freitag und Samstag, 11. und 12. Dezember, jeweils um 20 Uhr sowie am Sonntag, 6. und 13. Dezember, um 18 Uhr. Die Vorstellungen finden statt im Theatersaal des Blaumeier-Ateliers, Travemünder Str. 7a. Karten können im Vorverkauf bestellt werden unter der Telefonnummer 0421|8350666 (ab 9. November) oder per E-Mail an info@blaumeier.de.

Nähere Informationen finden Interessierte auf der Homepage www.blaumeier.de.

Festival für Rollstuhltänzer

Das 18. Rollstuhltanz-Festival der Abteilung Tanz im Behinderten- und Rehabilitationssportverband Nordrhein-Westfalen (BRSNW) findet am Samstag und Sonntag, 26. und 27. September 2015, in Duisburg/Wedau statt. Neben dem Wettkampf um den BRSNW-Cup gibt es zahlreiche Workshops zu den Themen Duo Tanz, Basic Latein, Folge Standard, Folge Latein und Disco-Fox. Nähere Informationen gibt es bei der Geschäftsstelle des BRSNW, Tel.: 0203|7174157, E-Mail: neuwald@bsnw.de oder bei Eveline Dumbeck, E-Mail: veranstaltung@bsnwtanz.de.

Kindliche Sexualität

Unter dem Titel „Kindliche Sexualität – Zwischen sexueller Bildung und Schutz vor Missbrauch“ veranstaltet die Deutsche Liga für das Kind am Freitag und Samstag, 9. und 10. Oktober 2015, in Erfurt ihre öffentliche Jahrestagung. Die interdisziplinäre Tagung richtet sich an alle mit Kindern und für Kinder tätigen Fachkräfte unter anderem in Kindertageseinrichtungen, an Verantwortliche in Politik und Verwaltung sowie an Studierende, Auszubildende und alle am Thema Interessierte. Ausführliches Programm und Online-Anmeldung unter: www.fruehe-kindheit-online.de

Thema Kommunikation

An Fachkräfte aus Schule, Sozialpädagogik, Psychologie, Medizin, Physiotherapie, Heilpädagogik und Pflege richtet sich die KBF-Fachtagung am 13. und 14. November 2015 in Mössingen unter dem Titel „Mitteilen – Zuhören – Verstehen. Die verschlungenen Wege der Kommunikation“. Weitere Infos gibt es auf www.kbf.de.

Straßenkinder-Kongress

Die 2. Konferenz der Straßenkinder findet am 25. und 26. September 2015 in Berlin statt. Nähere Informationen: www.strassenkinderkongress.de.

Rehacare in Düsseldorf

Um Menschen mit Behinderung, Pflegebedarf und chronischen Krankheiten und alles, was ihnen das Leben leichter macht, geht es vom 14. bis 17. Oktober 2015 bei der REHACARE in Düsseldorf. Zur internationalen Fachmesse der Rehabilitations- und Pflegebranchen werden 630 Aussteller aus 36 Ländern erwartet. Details finden Interessierte auf der Internetseite www.rehacare.de.

Preis für Inklusionsprojekte ausgeschrieben

Vorbildliche Projekte in den Bereichen Leben und Wohnen, Sport und Bewegung, Kultur und Bildung unterstützen – das ist Aufgabe des Paul-und-Käthe-Kraemer-Inklusionspreises. Bis zum 30. November 2015 ist es möglich, sich dafür zu bewerben. Die besten drei Arbeiten werden mit insgesamt 30.000 Euro prämiert. Nicht prämierte Bewerbungen, die dennoch gute Beispiele für Inklusion aufzeigen,

werden in einem Praxishandbuch vorgestellt. Bei den für den Preis vorgeschlagenen Projekten soll es sich nicht um Angebote der Regelversorgung handeln. Sie sollen vielmehr innovativ sein und neue Wege zu einer inklusiven Gesellschaft aufzeigen, um die Strukturen in ihrem jeweiligen Handlungsfeld nachhaltig zu verändern. Nähere Informationen: www.gold-kraemer-stiftung.de